

DEUTSCHE **POLIZEI**

MAI 2015 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



GdP-Fachtagung zum Arbeitsschutz

**Psychischen Belastungen
auf der Spur**

FAHRERLAUBNISRECHT

Leitfaden für Studium und Praxis

Von **Bernd Huppertz**.



5. Auflage 2015

Umfang: 568 Seiten

Format: DIN A 5, Broschur

Preis: 29,90 € [D]

ISBN 978-3-8011-0746-8

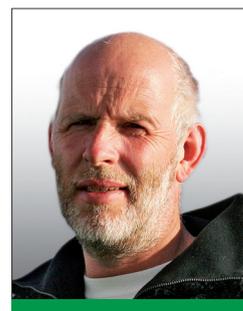
Das Buch kombiniert die Anforderungen der Bachelor-Ausbildung mit der polizeilichen Praxis. Mit eingehenden Erläuterungen, Schaubildern und zahlreichen Beispielen behandelt der Autor umfassend die fahrerlaubnisrechtlichen Bestimmungen. In insgesamt 60 Kapiteln werden alle Fahrerlaubnisklassen und alle Fahrzeugklassen, einschließlich z.B. der Quads, Trikes, eScooter, motorisierten Kickboards, Touristikbahnen und Minisattelzüge bis hin zu Krankenfahrstühlen, einer genaueren Betrachtung zugeführt.

Die jeweiligen Fahrerlaubnisklassen werden von der Klasseneinteilung über die Besitzstandswahrung bis zu den fahrerlaubnisrechtlichen Bestimmungen im Zusammenhang mit dem internationalen Straßenverkehr komplett dargestellt. Besondere Kapitel zum ausländischen, insbesondere EU-Fahrerlaubnisrecht (einschließlich des Führerscheintourismus) runden das Buch ab.



DER AUTOR

Bernd Huppertz, Polizeihauptkommissar, unterrichtet seit 1994 als Lehrbeauftragter sowie von 2002 bis 2006 und seit 2008 als hauptamtlicher Dozent an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW in Köln das Fach Verkehrssicherheitsarbeit.



Bernd Huppertz



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

TARIFPOLITIK



Foto: Michael Lube

Es waren lange und zähe Tarifverhandlungen, begleitet von massiven Warnstreiks. Am Ende stand ein zufriedenstellendes Ergebnis für die Tarifbeschäftigten in den Ländern.

Seite 17

VERKEHRSSICHERHEIT



Foto: Sebastian Denecke/GdP

Niedersachsen führt im Rahmen eines Pilotvorhabens als erstes Bundesland die Abschnittskontrolle ein. Noch dieses Jahr soll die zulässige Höchstgeschwindigkeit von Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern mit Echtmessungen des Systems über eine Strecke überwacht werden.

Seite 19

SOZIALES



Foto: Michael Zielasko

Das neue Pflegezeitgesetz macht Menschen, die ältere Familienangehörige versorgen, attraktivere Angebote als bisher. Doch verglichen mit der Förderung junger Eltern sind die noch unzureichend.

Seite 31

- 2 KOMMENTAR** *Es wird Zeit!*
- 2/34 FORUM**
- 4 TITEL/ARBEITSSCHUTZ**
Psychischen Belastungen auf der Spur
- 13 ARBEITSPLATZ** *Erstmals DGB „Index Gute Arbeit“ bei Polizei im Einsatz*
- 17 TARIFPOLITIK** *Verhandlungsergebnis in der vierten Runde erzielt*
- 19 VERKEHRSSICHERHEIT** *Polizei Niedersachsen startet mit „Section Control“ bundesweit einmaliges Pilotvorhaben*
- 22 EHRUNG** *Bundesminister begrüßt Goslarer Zivilcouragekampagne*
- 24 GESPRÄCHE** *GdP lud Innen- und Rechtspolitiker zum „Parlamentarischen Frühstück“*
- 27 FAMILIENRECHT** *Väter klagen gegen Mütterrente*
- 29 STANDPUNKT** *Audit meets Praxis ... und es geht doch! Führen in Teilzeit! – Ein Erfahrungsbericht*
- 31 SOZIALES** *Pflege leichter gemacht*
- 33 TERMIN** *5. Olympiade der Sicherheits- und Rettungskräfte*
- 38 JUNGE GRUPPE (GdP)**
- 39 AKTUELL** *Gut vorbereitete Polizei verhindert Gewalt in Lübeck*
- 40 IMPRESSUM**



Es wird Zeit!

Seelische Erkrankungen sind dem „Spitzenreiter“ Muskel-Skelett-Erkrankungen bei Krankheiten, die zu Abwesenheiten am Arbeitsplatz führen, kräftig auf den Fersen. Laut dem Gesundheitsreport des Dachverbandes der Betriebskrankenkassen (BKK) waren im Jahr 2012 mehr als 26 Prozent aller krankheitsbedingten Fehltag auf

das auf unsere Psyche aus. Nur wie genau, darüber wissen wir noch lange nicht genug, um darauf rechtzeitig reagieren zu können. Wir wissen aber, dass Unternehmen und Organisationen der privaten Wirtschaft uns schon weit voraus sind. Wir brauchen mehr Fakten.

Es liegt also auf der Hand, dass wir in der Polizei an einer ganzheitlichen Ergonomie arbeiten müssen. Es geht eben nicht nur um Autositze in Streifenwagen, Bürostühle und Lux-Werte in Dienststellen, sondern vermehrt um psychische Belastungen, genauer gesagt, Fehlbelastungen am Arbeitsplatz. Der Erste-Hilfe-Kasten im Flur der Dienststelle, sollte sein Verfallsdatum einmal gekommen sein, ist deutlich leichter wieder instand zu setzen, als die in langen Jahren geschundene Seele einer Kollegin und eines Kollegen.

Als weitaus größte Arbeitnehmervertretung der Polizei werden wir den Arbeitsschutz mit seinen vielfältigen Facetten auch weiterhin auf hohem Niveau begleiten und an den wichtigen und richtigen Stellen gemeinsam mit anderen drehen. Dieses Ziel haben wir auf dem 5. GdP-Arbeitsschutzsymposium nachhaltig bekräftigt.

Es wird Zeit: Wir alle in der Polizei müssen anpacken. Tun wir es nicht, ist jeder Tag ein Versäumnis für die Menschen, die in der Polizei sind und die innere Sicherheit gewährleisten. Wir sorgen mit unserer Arbeit für einen stabilen Träger der Lebensqualität, denn ohne das Gefühl von Sicherheit wird die Lebensfreude deutlich eingetrübt, ganz egal, ob alt oder jung, Frau oder Mann, reich oder arm. Nur, es müssen auch die geschützt werden, die verlässlichen Schutz bieten. Darüber reden wir nicht nur, sondern wir tun was.

orthopädische Probleme zurückzuführen, gefolgt von psychischen Störungen mit einem Anteil von fast 15 Prozent. Fakt ist zudem: Der Anteil der Arbeitsunfähigkeitstage aufgrund psychischer Störungen nahm seit 1976 mit damals gerade einmal zwei Prozent bis heute um das Siebenfache zu. Bemerkenswert ist, dass die „Arbeitsunfähigkeit“ mit psychischer Diagnose offenbar einen immer längeren Zeitraum beansprucht. 2013 fielen laut BKK Menschen mit psychischen und Verhaltensstörungen doppelt so lange aus wie jene mit Muskel-Skelett-Erkrankungen. Und dann noch eine solche Nachricht: Nach Recherchen der Tageszeitung „Welt“ geben acht Bundesländer für die Behandlung psychischer Erkrankungen ihrer Beamtinnen und Beamten weniger Geld aus als noch vor ein paar Jahren.

Seelische Lasten machen keinen Bogen um die Polizei. Warum auch? Wir schultern einen anstrengenden und teilweise bedrückenden Dienst. Und er wird von Tag zu Tag schwerer. Selbstverständlich wirkt sich



Dietmar Schillf
stellv. GdP-Bundesvorsitzender

Zu: Lesermeinung des Kollegen Peter Schultheiß: Terrorismus, DP 4/15

Kollege Schultheiß beginnt seinen Brief mit dem Satz: Für Mord gibt es keine Rechtfertigung, egal ob es sich um islamische Fanatiker handelt ... Und endet mit: Es bleibt also eine Gratwanderung – aber Mord ist durch nichts zu rechtfertigen. Diese Klammer seines Briefes dürfte jeder Leser als gegeben akzeptieren und ist nicht diskutabel. Sofern aber inhaltlich darauf abgestellt wird, dass Satiriker sich mit Kirchen- oder Religions satire zurückhalten sollten, da auf diese Weise Befindlichkeiten gestört werden könnten, ist das zumindest als fragliches Postulat zu betrachten.

In unserem sozialen Gefüge, in unserem Staat und im rechtlichen und sozialen Umgang sind Regeln zu beachten. Dazu gehören Erziehungsregeln wie auch rechtliche Regeln. Die Grenzen freiheitlichen Handelns zeigt das Grundgesetz auf. Hier werden in den Grundrechten die Pressefreiheit wie die Religionsausübungsfreiheit genannt. Beides unterliegt auch Einschränkungen. Nämlich da, wo die Rechte Dritter über Gebühr belastet werden. Hier findet die Religionsausübungsfreiheit wie die Pressefreiheit ihre Schranken. Fraglich bleibt, ob Personenkreise, die sich zwar territorial im Gebiet des Grundgesetzes aufhalten, ihr Recht auf Religionsausübungsfreiheit soweit ausdehnen dürfen, dass es nicht mehr möglich ist, sich über deren Religion zu äußern. Leider sind besonders Anhänger des Islam eher dauerbeleidigt, wenn andersgläubige oder atheistische Menschen sich zu ihrem Glauben einlassen.

Das Alte Testament verbietet es den Christen und Juden, Bildnisse von Gott zu schaffen. Im Koran dagegen findet sich kein Bilderverbot. Dort ist dies lediglich Auslegungen geschuldet.

Nun liegt es mir fern, hier Religionskunde noch Theologie zu betreiben. Ich beziehe mich auf das Grundgesetz und dessen Geltungs- und Wirkungsbereich. Wir können uns als Mitteleuropäer gerne einen Maulkorb verhängen, vermeintliche Rücksicht auf Andersgläubige nehmen und unsere Pressefreiheit, wie auch Schritt für Schritt andere Freiheitsrechte aufgeben. Dies zugunsten von radikalgläubigen Welteroberern, die jede frei-



willige Selbstbeschränkung unserer freiheitlichen Rechte (möglicherweise sogar zu Recht) als Schwäche eines dekadenten Systems auslegen, welches auf allen Ebenen zu bekämpfen, zu verdrängen und zu unterdrücken ist.

Wo ist die Wehrhaftigkeit der Demokratie geblieben, die sich auch in Form von Zivilcourage ausdrückt? Ich kann und muss nicht mit allen satirischen Veröffentlichungen einverstanden sein. Allerdings habe ich das Recht auf Presse- und Meinungsäußerungsfreiheit zu achten und auch sie zu schützen. Gerade wir als Polizeibeamte sollten uns im Klaren darüber sein, für welches System und welche Werte wir einzutreten haben. Der Gradmesser ist für uns in den Grundrechten und deren Schutz zu suchen. Dafür steht gerade auch das folgende Zitat von Evelyn Beatrice Hall: „Ich missbillige, was du sagst, aber würde bis auf den Tod dein Recht verteidigen, es zu sagen“

Bernd Blech, Bannberscheid

Zu: Lesermeinung des Kollegen Peter Schultheiß: Terrorismus, DP 4/15

Das Thema um die Morde an den Redakteuren der Satire-Zeitschrift haben wir oft im Bekannten- und Verwandtenkreis diskutiert. Dabei kamen wir immer zu dem Ergebnis, dass die Morde durch Nichts zu rechtfertigen seien. Aber dennoch tragen die Satiriker, die dieses Feuer angefacht haben, Mitverantwortung.

Heute lese ich den Leserbrief von Herrn Schultheiß und bin sehr erfreut, dass jemand genau meine Meinung trifft und diese auch veröffentlicht. Gut geschrieben, Herr Schultheiß. Genau so, wie Sie es geschrieben haben, ist es richtig. Es kann und darf nicht sein, dass sich einige das Mäntelchen des Satirikers überstreifen und unter diesem Deckmantel Straftaten begehen; denn um nichts anderes handelt es sich dabei. Es gebietet schon allein der Anstand und die Höflichkeit, andere Religionsgruppen zu respektieren und nicht lächerlich zu machen.

Es stimmt ganz sicher, wer Wind sät ... Aber dennoch, Mord ist durch nichts zu rechtfertigen.

Werner Buff, Recklinghausen

Zu: Aktuell: Krawalle in Frankfurt am Main, DP 4/15

Man kann der Polizei, die ihren Dienst in Frankfurt bei der Neueröffnung der EZB geleistet hat, nur größten Respekt zollen. Wer hier von „aggressivem Verhalten“ der Polizei schwadroniert, der lebt wahrscheinlich dauerbekifft in seinem Taka-Tuka-Land oder in seinem autonomen Kindergarten, so wie ganz offensichtlich die Blockupy-Organisatoren. Die Krokodilstränen, die DIE LINKE vergießt, kann man auch nicht für voll nehmen, da sie in ihrem Büro in Frankfurt gewaltbereite Chaoten aus Berlin beherbergt haben, die nachweislich an Ausschreitungen teilgenommen haben. Wenn man die Bilder sieht, kann man eigentlich nur von einer glücklichen Fügung sprechen, dass nicht Einsatzkräfte zu Tode gekommen sind, so aggressiv gingen die verummten Chaoten vor.

Mich erinnert das fatal an die Vorfälle bei der Startbahn West, wo zwei Polizisten von Chaoten hinterrücks im Startbahnwald erschossen wurden – das traurige Finale jahrelanger Hetze gegen die Polizei. Somit ist auch das Resümee der Blockupy-Organisatoren, dass man das doch im Gesamtpaket sehen muss und, dass man doch recht zufrieden sein könne, nicht nur zynisch, es ist schlicht und einfach menschenverachtend und widerlich! Aber die Organisatoren müssen sich keine Sorgen um ihre Zukunft machen, DIE LINKE wird sicherlich das eine oder andere gut bezahlte Pöstchen für sie haben. So sieht man wieder einmal: für große Teile der linken Szene ist Gewalt völlig okay und der Tod anderer wird billigend in Kauf genommen.

Ulrich Hoffmann, Idstein



Das Demonstrationsrecht und sein Schutz sind uns heilig. Über 150 zum Teil schwerverletzte Polizeibeamtinnen und -beamte, nackte Lebensangst und posttraumatische Belastungen als Langzeitfolge, Molotowcocktails und Steine gegen Menschen (in Uniform), dutzende brennende Autos, der Angriff

von 150 Vermummten auf ein Polizeirevier, militärisch organisierte Straßensperren, demolierte Geschäfte ... – mit Demonstration hatten diese schweren Straftaten anlässlich der Proteste zur EZB-Einweihung in Frankfurt nichts zu tun.

Gab es eine klare Verurteilung dieser brutalen Gewalttaten durch die Vertreter aller im hessischen Landtag und Bundestag vertretenen Parteien? Ja, aber. Denn namhafte Vertreter der LINKEN konnten sich zunächst nicht dazu aufrufen und suchten krampfhaft sogar nach Rechtfertigungen. Im wahrsten Sinne des Wortes ein weiterer Schlag ins Gesicht unserer verletzten Kolleginnen und Kollegen. Besonders beschämend, das Auftreten des mit Steuergeldern gut bezahlten Landtagsvizepräsidenten von den hessischen LINKEN. Erst drei Tage später und nach einem öffentlichen Proteststurm konnte DIE LINKE sich aufrufen, die Gewalt zu verurteilen. Die Bundesvorsitzende Kipping fand das Polizeiaufgebot „erschreckend“ – eine Verhöhnung unseres langjährigen GdP-Ziels „Keine Gewalt gegen Polizisten“. Es gibt keine zu rechtfertigende „gute Gewalt“, weder von links noch von rechts.

Wenn es um mögliche Gefahr für sie selbst geht, sehen das manche Linke aber wohl so. Bundestagsvizepräsidentin Pau hatte wenige Tage zuvor noch mehr Polizeischutz für Politiker und sich selbst gefordert.

Ich bin jetzt fast 40 Jahre in der GdP. Bei unserem Bundeskongress vor einigen Monaten musste ich miterleben,

Fortsetzung auf Seite 34

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-113
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-pressestelle@gdp.de**



Psychischen Belastungen auf der Spur

Von Michael Zielasko

Folgen zunehmender psychischer Belastungen können nach Einschätzung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) der Arbeitsfähigkeit der Polizei massiv zusetzen. Sehr schnell sollten die zahlreichen Facetten von auf die Psyche der Polizeibeamtinnen und -beamten wirkenden Einflüsse ermittelt und darauf abgestimmte Maßnahmen eingeleitet werden, lautet die eindringliche Forderung von rund 100 Gewerkschaftern, Personalräten, Fachkräften für Arbeitssicherheit und Betriebsärzten nach einem zweitägigen GdP-Arbeitsschutzsymposium Ende März in Potsdam. Fakt ist: Es besteht Handlungsbedarf!

zieller Gesundheitsgefahren von enormer Bedeutung, sagt der GdP-Vize: „Wir dürfen die Gefahr, im und am Beruf psychisch zu erkranken, nicht auf die leichte Schulter nehmen. Die Polizei hinkt bei der Prävention der freien Wirtschaft deutlich hinterher.“ Mit großer Freude sehe er, so Schilff weiter, dass Schwerbehindertenvertreter am Symposium teilnehmen. Die GdP wolle ganz klar „einbeziehen statt



Großes Interesse am Arbeitsschutz auf dem 5. GdP-Fachsymposium Ende März in Potsdam.

Foto: GdP/Hagen Immel

„Wir haben keine verlässliche Datenbasis, um den Gesundheitszustand der Polizeibeschäftigten realistisch abzubilden. Das gilt vor allem für den Bereich psychischer Störungen oder Erkrankungen. Eine Risswunde am Finger nach einer Widerstandshandlung hinterlässt nur eine Narbe, was ist jedoch mit den täglich auf unsere Kolleginnen und Kollegen wirkenden Eindrücke und Erlebnisse?“, betont der für Arbeitsschutz im Geschäftsführen-

den GdP-Bundesvorstand zuständige stellvertretende Bundesvorsitzende Dietmar Schilff. Es reiche bei weitem nicht aus, nur nach draußen auf den Streifenalltag, den Fußballereinsatz oder die Mordermittlung zu schauen. Auch das, was hinter den Kulissen, in den Wachen und Büros die Arbeit ausmache wie Inhalte, Organisation, Umgebung, sowie soziale Beziehungen, Führung oder neue Arbeitsformen seien für eine ganzheitliche Bewertung poten-

ausgrenzen“, was auch künftig eine enge Zusammenarbeit bedeute.

Nach intensiven Beratungen in mehreren Arbeitskreisen sprachen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des mittlerweile 5. GdP-Arbeitsschutzsymposiums für ein funktionales Präventionsinstrumentarium gegen psychische Erkrankungen, eine umfassende geschlechterspezifische Betrachtung der Belastungen des Polizeidienstes sowie ein



strategisches Gesundheitsmanagement für die Polizei aus. Zudem solle der polizeimedizinische Dienst personell wie strukturell gestärkt werden.

Unter die Lupe nehmen

„Als Arbeitnehmervertreter befinden wir uns auf dem absolut richtigen Weg, wenn wir vermeintlich neue Krankheiten rund um die Psyche genauer betrachten und unter die Lupe nehmen“, sagt GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow zu Veranstaltungsbeginn. Nicht den geringsten Zweifel lässt er daran, dass dieses aus Sicht der GdP enorm wichtige Thema weiterhin weit oben auf der Agenda stehen wird. „Wir sind sehr an der seelischen Gesundheit unserer Kolleginnen und Kollegen interessiert“, bekräftigt Malchow. Dieses Symposium sei alles andere als eine Schauveranstaltung. Er verweist auf die vor rund zwei Jahren stark beachtete GdP-Arbeitsschutzveranstaltung zum Thema „Burn-out“ und sagt: „Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, psychische Belastungen und Erkrankungen in der Polizei ernst zu nehmen und strategisch anzugehen.“

Voranschreitender Wandel

Welchen Beitrag könne die Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen zu „gesunder Arbeit“ leisten, fragt Isabel Rothe, Präsidentin der

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA), in die Runde und erläutert zunächst die seit Jahren stetige Zunahme von Erwerbsminderungsrenten auf Grund psychischer Erkrankungen. Diese seien auch vor dem Hintergrund veränderter Arbeitsbedingungen zu interpretieren.

Anforderungen hätten sich verändert, „die moderne Arbeit hat an Vielfalt, Komplexität und Dynamik gewonnen“. Und: mehr geistige und interaktive Tätigkeiten, neue Informations- und Kommunikationstechnologien sowie mehr Eigenverantwortung und Komplexität müssten bewältigt werden. Rothe: „All dies birgt Chancen, aber eben auch Risiken für die Gesundheit der Beschäftigten.“ Der Handlungsbedarf sei hoch, die psychischen Belastungen müssten in einem zeitgemäßen Arbeitsschutz besser berücksichtigt werden, plädiert sie. Zumindest aber ist ihr zufolge der Diskurs in der Politik angekommen, es ist dort sogar gerade hohe Aufmerksamkeit für dieses Thema festzustellen. Das lasse hoffen.

Psychischer Tribut

Wie gehen nun betroffene Betriebe oder Behörden mit diesen neuen Herausforderungen des Alltags um? Die Frage ist, was wollen Sie? Klar, sie wollen die Arbeitsfähigkeit psychisch beeinträchtigter Beschäftigter wiederherstellen. Sie wollen die individuellen Ressourcen ihrer Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter stärken und Bewältigungsstrategien verbessern. Sie wollen die Arbeit menschengerechter gestalten und von der Arbeit ausgehende Gesundheitsrisiken mindern. Am ehesten gelänge dies aber, so die Psychologin, vor Ort. Dort, im Betrieb oder in der Behörde, lasse sich die potenzielle wie individuelle Gefährdung der Seele beurteilen, nicht außerhalb und nicht nur nach vorgefertigtem Schema.

Wo aber müssen psychische Belastungen gesucht werden? Rothe zählt eine Handvoll wichtiger Punkte auf – die Arbeitsintensität, die soziale Unterstützung am Arbeitsplatz, die Dauer, Lage und Verteilung der Arbeitszeit sowie der Handlungsspielraum bei der Arbeit. Natürlich sei eine Arbeit ohne psychische Belastung genauso wenig denkbar wie eine Arbeit ohne jede körperliche Belastung, schränkt sie ein, doch könne eine Tätigkeit unter hohem Zeit- und Leistungsdruck oder bei ungünstig gestalteten Schichtwechseln eben einen so oder gearteten psychischen Tribut fordern.

Ständige Unterbrechungen und der Ausfall von Pausen

Die BAuA-Präsidentin überrascht die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit einer für das Arbeitsschutzsymposium angefertigten Sonderauswertung. Welche Spezifikationen des Polizeidienstes werden von den Beschäftigten – im Vergleich zu anderen Berufsgruppen – als psychische Anforderungen womöglich Belastungen empfunden? Charakterisiert werde der Dienstatag durch das Mehrschichtdienstsystem, den Ausfall von Pausen, die häufige Wochenendarbeit, den weit verbreiteten Bereitschaftsdienst und die überwiegend durch Freizeit ausgeglichenen Überstunden. Stärker gefordert als andere Beschäftigte sähen sich Polizistinnen und Polizisten durch die gleichzeitige Betreuung verschiedener Aufgaben, häufigere Störungen, der Konfrontation mit neuen Aufgaben sowie durch emotional belastende Situationen, weniger jedoch durch starken Termin- und Leistungsdruck, sehr schnelles Arbeiten oder vorgegeben Stückzahlen. Sie würden zwar durch Kolleginnen und Kollegen stark unterstützt, hätten aber im Vergleich weniger das Gefühl, dass ihre Tätigkeit wichtig sei. Auch könnten sie ihre Arbeit weniger selbst planen oder einteilen. Zudem verfügten sie



Isabel Rothe ist Präsidentin der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin:

„Es gibt nicht die eine Standardlösung.“

Foto: GdP/Hagen Immel





Fotos (2): GdP/Hagen Immel



Im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand für Arbeitsschutz zuständig: der stellvertretende Bundesvorsitzende Dietmar Schilff.

häufiger über „nicht alle notwendigen Informationen“ und fühlten sich öfter „nicht rechtzeitig informiert“.

„Es gibt nicht die eine Standardlösung“

Da setzt laut Rothe beispielsweise eine Gefährdungsbeurteilung an – bei Arbeitsinhalten, der Arbeitsorganisation, sozialen Beziehungen und der Arbeitsumgebung. Mit diesen Ergeb-

nissen im Gepäck ließen sich Maßnahmen entwickeln, die erstens zeitnah umgesetzt wie auf ihre Wirksamkeit kontrolliert werden müssten. „Das ist genauso anspruchsvoll wie die Analyse und muss genauso sorgfältig geplant und vorbereitet werden“ erläutert die Diplom-Psychologin und empfiehlt nicht zu viele Handlungsfelder auf einmal zu bearbeiten sowie die betroffenen Beschäftigten und Führungskräfte frühzeitig einzubinden.

Rothe weiß zudem zu berichten, dass es „nicht die eine Standardlösung zur Umsetzung der Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastung gibt“. Übrigens ein Ergebnis eines dreijährigen BAuA-Forschungsprojekts. Sinnvollerweise sollten der Expertin zufolge spezifische Gegebenheiten, Erfahrungen und Kompetenzen im Betrieb Beachtung erfahren, was dann beispielsweise über schriftliche Mitarbeiterbefragungen, Arbeitsplatzbeobachtungen beziehungsweise Beobachtungsinterviews vor Ort oder in moderierten Analyseworkshops mit den betroffenen Beschäftigten und Führungskräften zweckmäßig geleistet werden könne, bilanziert sie und stellt abschließend fest, dass nur 23 Prozent der Betriebe Maßnahmen aus der Gefährdungsbeurteilung überhaupt umsetzen würden. Da scheint Luft nach oben. Daher sollten, so ihre Empfehlung, Betriebsparteien die „Gefährdungsbeurtei-

lung Psyche“ schrittweise angehen und Schwerpunkte setzen. Das Ziel müsse lauten, konkrete Maßnahmen umzusetzen und zu verstetigen.

Allein der Wille ...

All dies findet die Unterstützung von Polizeihauptkommissar Uwe Ramisch. Der Thüringer Kollege ist Polizeieinsatztrainer und fungiert als Fachkraft für Arbeitssicherheit. Erlebte Praxis hat ihn ernüchert. Öfter mangle es an entsprechender Kooperation der Führung, sagt er DEUTSCHE POLIZEI. „Da gibt es manchmal Diskussionen ohne Ende, wenn berechtigt angeführte Mängel einfach nicht beseitigt werden. Schließlich haben Arbeitssicherheitskräfte eine Beratungspflicht gegenüber Vorgesetzten.“ Der Wille, eine Beratung auch anzunehmen, sei jedoch schwach ausgeprägt. Außerdem bringe einen das Unterstellungsverhältnis ja schon prinzipiell in die Bredouille. Im Übrigen seien viel zu wenige Planstellen für Arbeitsschützer hinterlegt. Da müsse man schon einen langen Atem haben.

Eben wie ein Profifußballer

Auch Frank Fubel, seit 30 Jahren Polizist in vielen Verwendungen, ist Praktiker. Gegenüber DEUTSCHE POLIZEI sagt er: „Bei der Polizei kommen neben den Belastungen, die sich aus den täglichen Arbeitsabläufen und der Situation am Arbeitsplatz ergeben, die zum Teil massiven psychischen Belastungen aus der dienstlichen Aufgabenerfüllung hinzu.“

Der zertifizierte Gesundheitsmanager, der zehn Jahre Stressbewältigungstrainings für Polizisten in Nordrhein-Westfalen durchgeführt hat und jetzt im Bielefelder Polizeipräsidium seinen Dienst versieht, ergänzt: „Der Umgang mit der Bedrohung der Gesundheit, des eigenen Lebens und der Kontakt mit Tod, Verletzungen und Gewalt stellt für jeden Polizisten und jede Polizistin eine Belastung dar, auch wenn viele von uns gute und geeignete Wege gefunden haben, damit umzugehen.“

Allerdings stehe auch fest, dass die Qualität und Menge dieser Belastungen die Bewältigungsmöglichkeiten des Individuums irgendwann überstiegen und die psychische Gesundheit leide, „auch wenn viele Polizisten und





Prof. Dr. Andrea Fischbach, Fachbereichsleiterin an der Deutschen Hochschule der Polizei: „Zentral ist, die Arbeitskraft bis hin zum Ruhestand zu erhalten.“

Polizistinnen sich für unverwundbar halten“. Vorbildlich sei da der Profifußballer: Der würde sich doch – ganz Profieben – nach einer im Spiel erlittenen Verletzung auswechseln und vom medizinischen Team versorgen lassen. Und der Polizist? Sie oder er sollten sich Hilfe suchen, wenn sie oder er sich nach belastenden Erlebnissen im Dienst beansprucht fühlt.

Ahnung und Idee von Belastung reichen nicht aus

Fakt sei, nicht jede Unterbrechung und jede Überstunde stellen eine Gefährdung für die psychische Gesundheit dar. Aber werde beispielsweise einem Kollegen eine Aufgabe übertragen, für die das Wissen und die Fertigkeiten noch nicht ausreichen, dann hänge es

von der Persönlichkeit des Mitarbeiters und von dem Verhältnis zwischen Mitarbeiter und Vorgesetztem ab, „ob diese Aufgabe als Herausforderung und Entwicklungsmöglichkeit oder als Überforderung empfunden wird“. Natürlich hätten Vorgesetzte mit funktionierender Beziehung zu ihren Mitarbeitern häufig eine Ahnung oder Idee davon, was ihre Mitarbeiter belastete. Das reiche aber nicht aus.

Erfahrungswerte fehlen

Behördenleiter, die ja Arbeitgeber im Sinne des Arbeitsschutzgesetzes seien, müssten in Einvernehmen mit den anderen Betriebsparteien nunmehr eine Struktur schaffen und Ressourcen zur Verfügung stellen, um den kompletten Prozess einer Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen durchzuführen. Darüber hinaus wollten die Aufsichtsbehörden erstmals seit diesem Jahr überprüfen, ob und in welcher Qualität die Arbeitgeber ihrer Pflicht nachgekommen seien. Mittlerweile, berichtet Fubel, seien effektive und gut handhabbare Verfahrensweisen entwickelt worden. Es fehlten jedoch noch Erfahrungswerte.

Nicht vernachlässigt werden dürfe, trotz aller standardisierten Erhebungsverfahren, die Erfahrung der Beschäftigten. „Mitarbeiter suchen Lösungen für ihre Probleme. So gefundene Maßnahmen werden im Anschluss mit einer höheren Wahrscheinlichkeit auch umgesetzt. Bei diesem Verfahren ist zudem die Erkenntnis gewährleistet, dass bestimmte, häufig genannte Themen ein Problem der Gesamtorganisation sind und nicht das einer einzelnen Einheit aufgrund ungünstiger Arbeitsgestaltung.“

Führung sendet Signale

„Warum überlässt die Polizei Dilettanten die Deutungshoheit über ihre Einsätze?“. Diese knallige Frage stellte der Leiter der Polizeiinspektion Andernach, Björn Neureuther. Schweigen im Plenum. Sekunden später, nach einem schweifenden Blick über die zunächst ratlosen Gesichter, gibt er die Antwort. Die Polizei sei nur unzureichend auf das vor allem internetbasierte Beobachten der Polizei beispielsweise durch Video-Uploads auf Streaming-Plattformen wie YouTube vorbereitet. Schade, sagt der Rheinland-Pfälzer, der seit 1990 ver-



Fotos (2): GdP/Hagen Immel





Engagierte Gruppenarbeit, hier unter der Leitung von Wilma Wöntig aus dem Vorstand der GdP-Bundesfrauengruppe.



PI-Leiter Björn Neureuther: Nicht Dilettanten die Deutungshoheit überlassen. Fotos (2): GdP/Hagen Immel

schiedene polizeiliche Verwendungen durchlief, denn „die interne wie externe Öffentlichkeitsarbeit stellt selbst eine Form des Arbeitsschutzes dar“. Neureuter, der in der GdP im Fachaus-

schuss Schutzpolizei auf Landes- und Bundesebene engagiert ist, zielt auf Führung und Führungsmerkmale.

Neben dem vertieften Detailwissen seiner Mitreferenten setzt er stärker auf eine plastischere Herangehensweise. „Führungsverhalten kann krank machen und es gibt Situationen, in denen ein bestimmtes Führungsverhalten eine Signalwirkung innerhalb der Organisation entfaltet“, so wenn der Einsatz in die Kritik gerät und die Führung gefordert sei.

gebissen hatten. Die Tötung der Hunde war durch einen Zuschauer gefilmt und noch vor Ort in einem sozialen Netzwerk veröffentlicht worden. Eine Flut von Anzeigen, Mitteilungen und Dienstaufsichtsbeschwerden sowie Anrufe bei der Polizeidienststelle waren die Folge, so Neureuther. Versammlungsanmeldungen, Petitionen und in sozialen Netzwerken eine kaum zu überschauende Anzahl von empörten, beleidigenden Hasstiraden überschwemmten die örtliche Polizei. Die wenigen sachlichen und um fachliche Betrachtung bemühten Beiträge wurden von polemischen Äußerungen niedergerungen. Neureuther: „Bevor die Situation hinreichend untersucht werden konnte, ist die Urteilsfindung in bestimmten Teilen der Bevölkerung und der Netz-Öffentlichkeit bereits abgeschlossen.“ Ein sogenannter Shitstorm beeinträchtigte die gesamte Organisation, aber: Die Währung der Polizei sei das Vertrauen. Sowohl das der Öffentlichkeit als auch das der eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihre vorgesetzten Stellen. Und in Krisen bestehe die Gefahr, dass durch ein schlechtes Krisenmanagement dieses Vertrauen nachhaltig beschädigt werde. „Die beste Krise ist natürlich die, die erst gar nicht entsteht. Allerdings stellt es ein unprofessionelles Handeln

Ein Beispiel: Herbst

2014 mussten Polizeibeamte in Rüsselsheim zwei Kampfhunde erschießen, nach dem diese nicht eingefangen werden konnten und zwei Passanten



dar, in jeder Krise den Maßnahmenplan neu zu konzipieren.“ Unterm Strich seien Krisen auf Grundlage von Szenarien vorzubereiten, Handlungsstrategien und Maßnahmen nach innen und außen zu beschreiben, Verantwortlichkeiten festzulegen „und dann konsequent und schnell zu handeln“. Zu wenige Verantwortungsträger fragten sich, welche Wirkung Schweigen in der eigenen Organisation und auch in der Öffentlichkeit in einer solchen Situation bewirke. „Hier schließt sich dann der Kreis. Deutlicher kann das polizeiliche wie politische Spitzenmanagement den eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Unterstützung, Anerkennung und Wertschätzung kaum verweigern“, verdeutlicht der Inspektionsleiter.



Foto: GdP/Hagen Immel

Gefährliche Halbwahrheiten und totaler Blödsinn

„Das zentrale Thema ist ja, wie wir die Arbeitskraft bis zum Eintritt in den Ruhestand möglichst erhalten“, weiß Andrea Fischbach. Sie kennt die psychischen Belastungen in der Polizei nur zu gut. Die Professorin für Sozial-, Arbeits- und Organisationspsychologie lehrt seit 2008 an der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) in Münster-Hiltrup und konfrontiert das engagierte Plenum mit harten Fakten zur Lage der psychischen Belastungen in Deutschland und in der Polizei. Aber sie nennt auch „gefährliche Halbwahrheiten“ und brandmarkt die eine oder andere kursierende Meinung als „totalen Blödsinn“ wie: „Die Zahlen für psychische Erkrankungen sind viel zu hoch gegriffen. Es ist völlig unre-

alistisch, dass jeder Vierte psychisch krank sein soll. Arbeitsunwillige Menschen täuschen ihren Ärzten psychische Symptome vor, um ‚Krankmachen‘ zu können und Ärzte nutzen psychische Diagnosen, um arbeitsunwillige Menschen ‚Krankschreiben‘ zu können.“ Oder: Psychische Erkrankungen seien „weiche“ Diagnosen, nicht lebensbedrohlich wie Krebs oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Normale Menschen mit alltäglichen Beschwerden würden heutzutage mit einer psychischen Diagnose pathologisiert. Früher habe man genauso oder schlimmere Belastungen und Schicksalsschläge erlebt. „Da wurde nicht jeder gleich krank. Heute haben alle gleich Burn-out.“ und: „Es gibt Menschen, die sind eben sehr anfällig für psychische Erkrankungen. Was diese Menschen umhaut, stecken normale

Menschen einfacher weg. Es ist subjektiv, was man als belastend empfindet. Manche Menschen fühlen sich viel zu schnell überfordert und diese Menschen werden dann psychisch krank.“

Hinter solchen Aussagen liegen laut Prof. Fischbach drei zentrale Grundannahmen. Erstens: Die hohen Zahlen der Krankenversicherungen und der Rentenversicherung seien unrealistisch und viel zu hoch gegriffen. Zweitens: Psychische Erkrankungen erschienen nicht wirklich schwerwiegend. Und drittens: Deren Ursachen lägen vor allem in der Person. Die Professorin: „Alle drei Grundannahmen sind falsch. Richtig ist: Psychische Erkrankungen sind häufig, ihre Größenordnung wurde lange Zeit deutlich unterschätzt. Psychische

Anzeige



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

... wieder Atem schöpfen



Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach §111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622





Strukturen und Ressourcen im ärztlichen Polizeidienst stärken, will der Leitende Medizinaldirektor im Bereich Arbeitsschutz der bayerischen Polizei, Dr. Christian Kühl (l.).

Foto: GdP/Hagen Immel

Erkrankungen sind schwerwiegend, sie sind individuell mit enormen Einschränkungen verbunden und betrieblich und volkswirtschaftlich die teuersten Erkrankungen überhaupt. Und: psychische Erkrankungen folgen aus dem komplexen Zusammenwirken von personen- und umweltbezogenen Risiko- und Einflussfaktoren, psychische Belastungen bei der Arbeit spielen dabei eine nachweisliche Rolle.“

Angststörungen an der Spitze

Psychische Erkrankungen seien durchaus weit verbreitet, sagt die DH-Pol-Professorin. Jeder dritte bis vierte Erwachsene im Alter von 18 bis 79

Jahren hat Studien zufolge eine psychische Erkrankung. Frauen – mit der Ausnahme von Suchterkrankungen –, Jüngere und Menschen mit geringerem sozialem Status sind dabei häufiger von einer psychischen Erkrankung betroffen als Männer, Ältere und Menschen mit mittlerem oder höherem sozialem Status. Die häufigsten psychischen Erkrankungen sind Angststörungen mit über 15 Prozent, unipolare Depressionen, die sich anfühlen wie ein Sturz in ein schwarzes Loch, mit fast 8 Prozent und Störungen durch Alkohol- oder Medikamentenkonsum mit rund 6 Prozent.

Immense hohe Krankheitslast

Seelische Störungen schränken die Betroffenen stark ein. Dreimal häufiger als Gesunde könnten sie wegen psychischer Störungen und körperlicher Störungen beruflichen oder sozialen Kernaufgaben nicht nachgehen. Die sogenannte Krankheitslast für psychische Erkrankungen werde über einen weltweit anerkannten Indikator der World Health Organization (WHO) bestimmt. Der DALY erfasse die „disability adjusted life years lost“ als Summe der durch vorzeitigen Tod verlorenen Lebensjahre und mit Behinderungen und Einschränkungen gelebten Lebensjahre. Die Krankheitslast für psychische Erkrankungen sei immens, betont die Expertin. Das gelte besonders für De-

pressionen, die in Deutschland zu den zehn bedeutendsten DALY-Ursachen zählen. Psychische und Verhaltensstörungen hätten hier mit 11,4 Prozent den viertstärksten Anteil an der gesamten Krankheitslast in Deutschland. Nur Herz-Kreislauf-Erkrankungen mit etwa 20 Prozent, bösartige Neubildungen mit rund 18 und muskuloskeletale Erkrankungen mit fast 16 Prozent lägen noch davor. Dass gleichermaßen die Kosten für Betriebe, Behörden und das Gesundheitswesen explodieren, sei zwangsläufige Folge.

Stress klarer Risikofaktor

Wenn jemand sich häufig gestresst fühle, und damit nicht nur bei der Mittagspause oder auf Partys kokettiere, sondern am eigenen Leib entsprechende Signale und Störungen konkret vernehme, führt Fischbach das eindeutig auf das Arbeitsumfeld und dessen Bedingungen zurück. „Stress ist ein klarer Risikofaktor“, bekräftigt die Psychologin. „Extreme, quasi traumatische Belastungssituationen, die viele Polizistinnen und Polizisten ja kennen, sind ein Erkrankungsrisiko für womöglich folgende posttraumatische Belastungsstörungen. Summieren sich dazu sogenannte Stressoren beispielsweise Zeitdruck, soziale Konflikte am Arbeitsplatz, Arbeitsdichte, Rollenkonflikte und arbeitsorganisatorische Probleme steigt das Risiko für Irritation, Burn-out und depressive Symptome.“

Verlässliche Daten fehlen

Die Polizei müsse dringend auf die aktuellen Erkenntnisse über psychische Erkrankungen in Deutschland reagieren, fordert die Wissenschaftlerin und spielt auch auf die intern lange unterschätzte Größenordnung und die hohen betrieblichen Kosten an. „Neben den individuellen Beeinträchtigungen, für die die Polizei angemessene Lösungen finden muss, sind die gesamtpolizeilichen direkten und indirekten Folgekosten bei Erkrankungen im Verlauf der Berufsbiographie und besonders die damit verbundenen Risiken für die Leistungsfähigkeit bei der Erfüllung der polizeilichen Aufgaben massiv. Gerade in der aktuellen demografischen Personalstruktur und den damit verbundenen Herausforderungen, die sich bis 2020 durch altersbedingte Personalabgänge ergeben werden, ist der

Anzeige

Damit Arbeit nicht krank macht!



304 S. | € 19,99 [D]
ISBN 978-3-466-31006-7
Auch als e-Book erhältlich



Kösel

www.koesel.de



ARBEITSSCHUTZ

Erhalt, das Wiedererlangen und die Sicherstellung von Gesundheit und Leistungsfähigkeit des Personals die entscheidende personalwirtschaftliche Aufgabe der kommenden Jahre.“ Doch es fehle an verlässlichen Daten, so schränkt die DHPol-Fachbereichsleiterin ein.

Antistigma-Programme

Die Polizei wisse momentan nicht, wie es um ihren Gesundheitszustand



Lothar Hölzgen, stellvertretender Landesvorsitzender der GdP Hessen, moderierte einen Arbeitskreis.
Foto: GdP/Hagen Immel

bestellt sei. Bedarfsorientierte Maßnahmen könne die Organisation daher nicht effektiv ableiten. Die bisherigen Maßnahmen im Arbeitsschutz und Gesundheitsmanagement gehörten auf den Prüfstand, künftige Maßnahmen müssten wissenschaftlichen Standards entsprechen. „Forschung, Prävention, Gestaltung, aber auch Antistigma-Programme können helfen, dem Thema psychische Erkrankungen den Stellenwert in der Polizei zu geben, den es in jedem Betrieb haben sollte. Psychische Erkrankungen sind genauso normal wie körperliche Erkrankungen.“

Arbeitskreise geben Empfehlungen

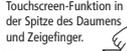
Wirken sich psychische Belastungen auf Frauen anders aus als auf Männer. Damit beschäftigte sich ei-

ner der vier Arbeitskreise unter Leitung der Mitglieder des GdP-Bundesfrauenvorstandes Christiane Kern und Wilma Wäntig. Ein alltägliches Beispiel lasse zumindest auf diese Annahme schließen: „Sonja, allein-erziehende Mutter einer dreijährigen Tochter, und ihr Kollege Walter, 42 Jahre, verheiratet, Vater von zwei Kindern, verrichten gemeinsam ihren Wach- und Streifendienst. Kurz vor Schichtende erreicht sie über die Einsatzzentrale noch ein dringender Einsatz. Sonja gerät unter Druck. Ihre

Tochter müsste aus der Kita abgeholt werden. Während der Einsatzfahrt organisiert sie hektisch einen ‚Abholservice‘ für die Kleine und ist dann beim Eintreffen am Tatort völlig gestresst. Kollege Walter empfindet die kurzfristige Einsatzübernahme als nicht belastend. Die Frage der Kinderbetreuung stellt sich für ihn nicht.“ Die Gewerkschafterinnen zeigten sich davon überzeugt, dass durch eine „geschlechtssensible Herangehensweise bei der Gefährdungsbeurteilung die Qualität des Arbeitsschutzes bei der Polizei für Frauen und Männer wesentlich verbessert“ werden könnte. Forschungsergebnisse vergangener Jahre hätten gezeigt, dass Frauen und Männer in Bezug auf ihre Gesundheit bei der Arbeit unterschiedlich betroffen seien; unter Umständen auch dann, wenn sie gleiche Tätigkeiten ausübten, wie dies im Wach- und Streifendienst bei den






1 Handschuh
COP® S6X2 TS
Art.-Nr. 3205GX2TS-Größe
Farbe: schwarz; Größen: XS - 3XL
Material: 50% Synthetikleder, 50% Kunstfaser. Mit Schnittschuttfutter aus ARMOR-TEX®. Handinnenseite aus weichem, wildlederartigem Clarino®-Synthetikleder.

EN 388
Abriebfestigkeit: Kategorie 3
Schnittfestigkeit: Kategorie 5
Weiterreißfestigkeit: Kategorie 4
3 5 4 3 Durchstichfestigkeit: Kategorie 3

Aktionspreis**
€ 39,90
statt 59,90**



2 Under Armour® Charged Cotton Tee
HeatGear® T-Shirt
Art.-Nr. UA12342370-Größe (oliv)
Art.-Nr. UA12342375-Größe (schwarz)
Art.-Nr. UA1234237B-Größe (beige)
Farben: olivgrün, schwarz, beige
Material: 100% Baumwolle
Größen: S - 3XL
Kurzärmeliges Funktionshirt mit HeatGear® Technologie, besonders geeignet für den Einsatz bei warmen Wetter.

Aktionspreis**
€ 19,90
statt 29,90**



3 Halbschuh
MAGNUM® "MPT"
Art.-Nr. 87800745-Größe
Farbe: schwarz
Größen: EU 39 - 48 (US 7 - 15)
keine halben EU-Größen
Gewicht 1 Schuh in Gr. 43: 335 g
Obermaterial: atmungsaktives Nylon mit Einlagen aus Leder.

Größe US	7	7.5	8	9	10	11	12	13	14	15
Größe EU	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48

Aktionspreis!
€ 49,90
statt 69,90**

NEU Ab einem Bruttowarenwert von **39,01 EUR** versenden wir in Deutschland und Österreich versandkostenfrei.



4 Einsatzstiefel Original
S.W.A.T.® 1300 Chase
Art.-Nr. 811300-Größe EU
Farbe: schwarz
Größen: EU 36 - 48 (Mens US 4,5 - 14)
Obermaterial: Leder/ 1200 Denier Nylon Kombination, Gewicht (in Gr. EU 43): 600g / Stück

Größe US	4,5	5	6	7	7,5	8	9	10	11	11,5	12	13	14
Größe EU	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48

Aktionspreis**
€ 89,90
statt 119,90**



5 Under Armour® Sporttasche Contain Duffel
Art.-Nr. UA12488685
Größe: 29 x 57 x 28 cm (H x B x T)
Volumen: 45 Liter
Material: 100% Polyester
Farbe: schwarz mit grauen Schriftzug
Große Tasche, die wie ein Rucksack getragen werden kann.

Aktionspreis**
€ 59,90
statt 119,90**



6 Under Armour® VX2-M Akten-/Laptoptasche
Art.-Nr. UA12488705
Größe: 28 x 41 x 10 cm; Volumen: 13 l
Material: 100 % Polyester. Farbe: schwarzes Außenmaterial, oranges Innenfutter. Notebucktische mit Verschlussklappe an der Vorderseite. Wasserabweisende Storm®-Imprägnierung des Außenmaterials.

Aktionspreis**
€ 59,90
statt 119,90**



7 Under Armour® Light Weight Full-Zip Kapuzenjacke
Allseasongear®
Art.-Nr. UA12550585-Größe
Material: 100 % Polyester
Farbe: schwarz; Größen: S - 2XL
ultraleichte, winddichte Kapuzenjacke.

Aktionspreis**
€ 49,90
statt 69,90**

Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- u. Sonderposten sowie II. Wahl Artikeln. Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf www.cop-shop.de

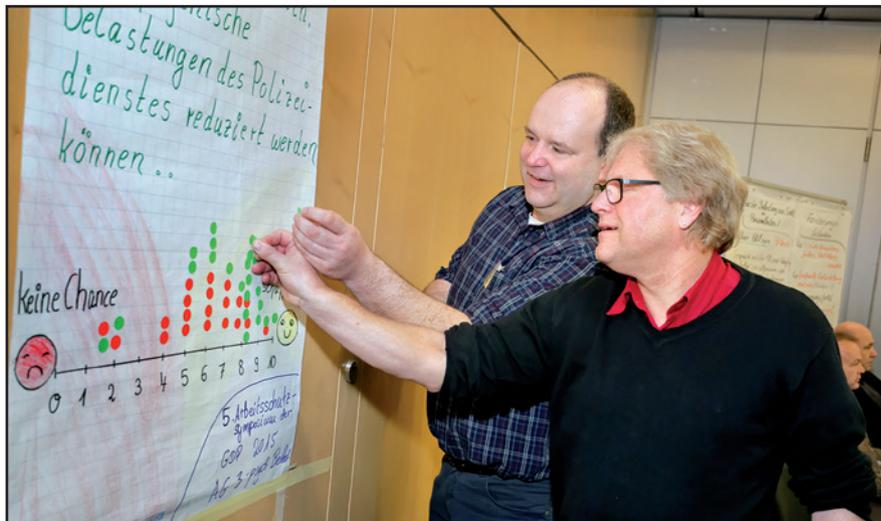
COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilbach · Germany
Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

www.cop-shop.de

*** ehemaliger Verkaufspreis
**Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. April bis 30. Juni 2015 | * Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers.



Bernd Becker, stellvertretender Landesvorsitzender der GdP Rheinland-Pfalz, ist Fachmann in Sachen Gesundheitsförderung.



Die Chancen stehen offenbar so schlecht nicht ...

Fotos (2): GdP/ Hagen Immel

Polizeidienststellen oder im Kriminaldienst der Fall sei. So unterschiedlich die Arbeitswelten seien, sagte die Bayerin Kern, so unterschiedlich seien auch die typisch männlichen und weiblichen Lebenswelten. „Während beispielsweise für einen Großteil unserer Kollegen immer noch der Beruf im Vordergrund steht, ist der Alltag vieler Kolleginnen neben dem Beruf nach wie vor geprägt von der Versorgung anderer, seien es Kinder, Ehemänner oder pflegebedürftige Eltern.“

Auch Diskriminierung sei ein Stressfaktor, mahnten Wänzig und Kern. Sie plädierten für eine Gefährdungsbeurteilung, die sich mit Geschlechterrollen auseinandersetzt und die die Basis für die Entwicklung von geschlechtergerechten Maßnahmen biete.

„Gesundes Führen“ abprüfen

In einem weiteren Arbeitskreis ging es vorrangig um Lösungsansätze zum Abbau psychischer Belastungen im Polizeidienst. Unter der Gesprächsführung von Lothar Hölzgen, stellvertretender GdP-Landesvorsitzender in Hessen, lautete die Devise, Erfahrungen kompetenter Kolleginnen und Kollegen aus allen Bundesländern zusammenzutragen, Schutzziele zu formulieren und Maßnahmen zur Reduzierung oder sogar dem Abbau von Fehlbelastungen abzuleiten. Letztlich empfohlen wurde vor allem „Gesundes Führen“ als Prüfungsfach in die Ausbildung des gehobenen und höheren Dienstes und

in Führungskräfte trainings aufzunehmen. Und: Personalräte wie auch Gewerkschaftsfunktionäre sollen in der Bedeutung und den Grundprinzipien von Gefährdungsbeurteilungen sowie im behördlichen Gesundheitsmanagement geschult werden.

Gesundheit braucht ein Budget

Ob ein Gesundheitsmanagement (BGM) oder die Gesundheitsförderung (BGF) die bessere Alternative für die Beschäftigten in der Polizei sei, darüber setzte sich der dritte Arbeitskreis intensiv auseinander. Bernd Becker, stellvertretender GdP-Landesbezirksvorsitzender in Rheinland-Pfalz, warf die Frage auf, wie umfangreich ein Präventionssystem sein dürfe oder müsse, um die erwünschte Wirkung zu erzielen.

Eine Antwort drängt, denn etwa 40 Prozent der Polizistinnen und Polizisten werden Becker zufolge in den nächsten 10 bis 14 Jahren die Lebensarbeitszeitgrenze erreichen. Viele hätten die von Arbeitsmedizinern als kritisch angesehene Marke von 50 Lebensjahren bereits überschritten, anderen stehe der Beginn des fünften Lebensjahrzehnts kurz bevor. Becker: „Ein großer Anteil dieser Kolleginnen und Kollegen leistet im dritten oder vierten Jahrzehnt Wechselschichtdienst. Weitere haben vergleichbare Verwendungszeiten im Wechselschichtdienst hinter sich oder arbeiten in anderen belastenden Bereichen wie Einsatz oder Ermittlungen.“

Fakt ist: Die Leistungsfähigkeit der Polizei ist in den vor uns liegenden Jahren in signifikantem Maße davon abhängig, wie viele Kolleginnen und Kollegen der starken Alterskohorten zwischen 48 und 60/62/64 Jahren im Dienst und dabei gesund bleiben.“ Was also muss getan werden, fragt der Gewerkschafter. Es gehe darum, die Arbeitsverhältnisse nachhaltig zu verbessern. Daher solle ein betriebliches Gesundheitsmanagement angestrebt werden. Weiterhin werde eine ganzheitliche Gefährdungsanalyse eingefordert. Der Dienstherr müsse als „Sozialpartner“ in die Pflicht genommen werden, Gesundheit benötigte Budget und Arbeitszeit.

Dienstunfähigkeit gezielt entgegenwirken

Im Arbeitskreis „Ärzte in der Polizei“ stand vor dem Hintergrund eines zunehmenden Mangels an Polizeiarzten in Deutschland die Frage im Vordergrund, welche Dienstleistungen die Polizei in der Zukunft von den Medizinern abverlangt werden könne beziehungsweise solle. Sei es erforderlich, eigene angestellte oder verbeamtete Ärzte in der Polizei vorzuhalten, oder solle sich der Staat niedergelassener Ärzte bedienen. Und ganz wichtig: Welche Rolle spielten in diesem Kontext die gesetzlichen und privaten Krankenversicherer sowie die Heilfürsorge – insbesondere dann, wenn sie frei sei. Der Leiter des Arbeitskreises, Dr. Christian Kühl, selbst Facharzt für Allgemeinmedizin, brach eine Lanze für den Polizeiarzt. Polizeibeamtinnen und -beamte hätten



einen sehr heterogenen Arbeitsplatz mit einer Vielzahl an Einsatzlagen und Gefährdungen.

Bei der betriebsärztlichen Betreuung der Polizei seien daher genaue Kenntnisse polizeilicher Aufgaben und Abläufe und der Führungs- und Einsatzmittel erforderlich. Gleiches gelte für die Prüfung und Bewertung des Gesundheitszustands von Bewerbern. Verändere sich der Gesundheitszustand des Beamten während der Dienstzeit, was häufig vorkomme, ergäben sich daraus Folgen für die Verwendbarkeit beziehungsweise die Aufgabe, gegebenenfalls eingeschränkt dienstfähige Polizisten wieder in den Dienstbetrieb zu integrieren. Weitere Bereiche seien beispielsweise medizinische Beweismittelsicherungen, die Prüfung der Haftfähigkeit, die ärztliche Leichenschau, und die Notfallversorgung bei gefährlichen Großeinsätzen. Kühl, Leitender Medizinaldirektor von der Geschäftsstelle Arbeitsschutz der Bayerischen Polizei, bekräftigt: „Für diese Tätigkeitsfelder sind motivierte Ärzte mit hoher fachlicher Qualifikation erforderlich. Daneben sind für all diese Aufgabenstellungen genaue Kenntnisse polizeilicher Aufgaben und Abläufe, polizeispezifischer Fragestellungen und einschlägiger Rechtsvorschriften erforderlich.“

Je besser insofern ärztliche Kompetenz in die Polizei integriert ist, umso größer ist der Nutzen für die Polizei.“ Dem folgte die Arbeitsgruppe weitgehend und forderte, dass Polizeiarzte als Vertrauensperson von Vollzugsbeamten dienen sollten. Interne Mediziner könnten der Dienstunfähigkeit gezielter entgegenwirken. Deren Stellenzahl sollte jedoch dem tatsächlichen Bedarf angepasst werden und die Besoldung entsprechend attraktiv sein. Auch in der Personalentwicklung für eingeschränkt leistungsfähiges Personal könne mehr getan und die besonderen Erfordernisse von Schwerbehinderten und Gleichgestellten stärker berücksichtigt werden.

Weitere Impressionen
der Veranstaltung



Erstmals DGB „Index Gute Arbeit“ bei Polizei im Einsatz

Umfrage zur Mitarbeitergesundheit in Bremerhaven

Von Dr. Mary Lindner und Jörg Eilers

Fast jeder bei der Polizei kann aus dem Stand drei, vier Dinge aufzählen, die ihm/ihr an seiner/ihrer Arbeit gefallen. Vielleicht ist es die Aufgabe, die Spaß macht, das kollegiale Miteinander oder die Möglichkeit, sich selbst verwirklichen zu können. Jeder wird aber auch Anlass zu Kritik haben, wird Dinge aufzählen können, die unzufrieden machen und belasten. Aber welche Faktoren sind es, die Lust und Frust am Arbeitsplatz verursachen? Was prägt die Zufriedenheit und Motivation am Arbeitsplatz? Wo liegen die Stärken und Schwächen in polizeilichen Organisationen, die Belastungen auslösen, unsere Kolleginnen und Kollegen in der Nacht vielleicht das ein um das andere Mal unruhig schlafen lassen? Um diese Fragen zu beantworten und ein zutreffendes und möglichst präzises Bild über die vorherrschenden Arbeitsbedingungen zu ermitteln, wurde in der Ortspolizeibehörde Bremerhaven (OPB) eine direkte Mitarbeiterbefragung gestartet.

Anzeige



Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

An der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin ist folgende Stelle für eine/einen

Professorin/Professor (Bes. Gr. W2)

zu besetzen:

am **Fachbereich 5 „Polizei und Sicherheitsmanagement“**

Nachausschreibung

zum nächstmöglichen Zeitpunkt

Personalmanagement/Arbeits- und Organisationspsychologie

Kennziffer: 50/2014

Bewerbungen auf die Professur sind bis zum **15. Mai 2015** mit aussagekräftigen Nachweisen - soweit vorhanden auch Ergebnissen von Lehrevaluationen - und Zeugnissen zur Erfüllung der Einstellungsvoraussetzungen und unter Angabe der Kennziffer an die **Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Ref HL 1, Christine Bartel-Bevier, Badensche Str. 52, 10825 Berlin**, zu richten. Wir bitten, Bewerbungsunterlagen nur in Kopien und nicht in Mappen vorzulegen, da die Unterlagen nicht zurückgesandt werden; sie werden nach Abschluss des Auswahlverfahrens vernichtet.

Das detaillierte Stellenprofil, die Anforderungen für die Berufung zur Professorin/zum Professor sowie weitere Informationen finden Sie unter:

<http://www.hwr-berlin.de/nc/aktuelles/stellenmarkt-stipendienwettbewerbe/stellenausschreibungen/>

sowie unter:

<http://www.uas7.de/Qualitaetsstandards.54.0.html#>



Die OPB sichtete entsprechende Angebote und entschied sich für den DGB „Index Gute Arbeit“, weil dieser entscheidende Vorteile bietet. Der Index ist ein Instrument, das als erstes seiner Art von 2004 bis 2006 durch die Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA) entwickelt wurde, auf dem Belastungs- und Beanspruchungsmodell basiert, das in der Arbeitswissenschaft maßgebend ist, und in vielen Unternehmen, Institutionen und Verwaltungen bereits angewandt wurde. Dieses Instrument kennen bereits mehr als 110.000 Beschäftigte in Deutschland. Die Befragung ist wissenschaftlich valide und auf dem neusten Stand, da das Instrument 2012/2013 einer umfassenden Evaluierung unterzogen wurde, welche auf den gutachterlichen Ergebnissen der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) beruht.

Zudem war es für die OPB wichtig, dass die Befragung in der Behörde kurz und knackig ist. Die Beantwortung der Fragen dauerte im Schnitt nicht länger als zwölf Minuten. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer beantworteten diese über das Internet mit persönlichen Codes, so dass die internen Datenschutzrichtlinien jederzeit eingehalten wurden. Die Daten befanden sich anonymisiert und codiert auf dem externen Server des beauftragten Datenhosters und standen der Dienststelle nicht zur eigenen Auswertung zur Verfügung. Die Auswertung wurde extern durch Dr. Mary Lindner vorgenommen, so dass die Objektivität nachvollziehbar gewährleistet war. Zudem wurden die komplexen Daten verständlich aufbereitet, damit die innerbetriebliche Arbeitsgruppe mit den Ergebnissen problemlos langfristig arbeiten beziehungsweise Entscheidungen für gesundheitsfördernde Maßnahmen treffen kann.

Die Mitarbeiterbefragungen wurden durch eine von der Polizei in Bremerhaven entwickelte PR-Kampagne begleitet, die Vertrauen schaffen sollte. Schließlich waren die Beschäftigten aufgerufen, ihr freies Meinungsrecht in Anspruch zu nehmen und mit ihrer Einschätzung deutliche Arbeitsanweisungen zu formulieren. Die Werbung für die Befragung sowie die internen Abstimmungen übernahm eine paritätisch und sozialpartnerschaftlich zusammengesetzte Arbeitsgruppe (Personalrat, Personalmanagement,

Dr. Mary Lindner ist Gesundheitswissenschaftlerin und Betriebliche Organisationsberaterin. Sie führt seit vielen Jahren Belastungsanalysen in Unternehmen, Verwaltungen und Institutionen branchen- und deutschlandweit mit dem DGB „Index Gute Arbeit“ durch. Bei der Begleitung der Mitarbeiterbefragungen und der Beratung von Arbeitsgruppen bei der Polizei hat sie sich mit den Abläufen und Besonderheiten des Berufsbildes der Polizisten und Polizistinnen ausführlich vertraut gemacht.

Kontakt:

E-Mail: Lindner.Mary@gmx.de

Mobil: 0176-99910100

Jörg Eilers, Erster Polizeihauptkommissar, ist GdP-Kreisgruppenvorsitzender in Bremerhaven und Personalratsvorsitzender der Ortspolizeibehörde. Vor seiner Freistellung war er als Stabsbereichsleiter für Personal, Haushalt und Rechtsangelegenheiten zuständig und Projektleiter der ersten Mitarbeiterbefragung.

Kontakt:

E-Mail: j.eilers@polizei.bremerhaven.de

Mobil: 0170-2836258

Datenschutz, Arbeitsschutz und Vertreter und Vertreterinnen aus den Abteilungen mit und ohne Führungsverantwortung), denn Mitbestimmung kann nur gelingen, wenn alle Beschäftigtengruppen an den Entscheidungen beteiligt sind.

Sozialpartnerschaftliches Handeln für Gesundheits- und Arbeitsschutz!

Bei der OPB wurde auf Initiative der GdP-Kreisgruppe in Abstimmung mit dem dortigen Behördenleiter die erste Befragung zur Qualität der Arbeitsbedingungen 2012 umgesetzt. Zwei Jahre später entschieden sich Behördenleiter und Personalrat für eine Wiederholungsbefragung.

Die primären Zielstellungen für die Mitarbeiterbefragung lauteten:

- + Messung der Beanspruchungen und Belastungen der Beschäftigten am Arbeitsplatz,
- + Schaffung und Prüfung der Qualität der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten,
- + Bestimmung der Zufriedenheit mit

den gegenwärtigen Arbeitsbedingungen

- + Bestimmung von nachhaltigen, gesundheitsförderlichen Maßnahmen.

Die Motivation, diese Mitarbeiterbefragung durchzuführen, ergab sich letztlich aus dem Notstand heraus, dass weder dem Behördenleiter, noch dem Personalrat oder dem Personalmanagement konkrete Daten über die Belastungen der Polizisten und Polizistinnen vorlagen. Alle Entscheidungs- und Interessenvertreter agierten auf der Basis eines subjektiven Gefühls über die Zufriedenheit und Belastungsgrade der Beamten und Beamtinnen. Es fehlten Antworten auf Fragen, die sich jeder in seinem Arbeitsalltag selbst ab und an stellt:

- + Wie steht es um die positive kollegiale Zusammenarbeit an meinem Arbeitsplatz?
- + Finde ich in meiner Behörde eine gute und unterstützende Betriebskultur vor?
- + Ist ein Informationsfluss gegeben, der mich teilhaben lässt und mir Sicherheit bietet?
- + Wie steht es um die Arbeitsintensität bezüglich der Arbeitsorganisation/-planung oder der Arbeitsanweisung durch meinen Vorgesetzten?
- + Fühle ich mich für meine Aufgaben gut qualifiziert?
- + Glaube ich daran, dass ich bei den derzeitigen Arbeitsplatzbedingungen gesund bleiben werde oder habe ich Angst, den immer höheren Anforderungen nicht mehr gerecht werden zu können?

Wie die Beschäftigten die Fragen beantworten, ihre Qualität der Arbeitsbedingungen einschätzen oder wo sie einen Verbesserungsbedarf sehen, dass kann letztlich nur eine Mitarbeiterbefragung klären. Im Verlauf der Diskussion wurde deutlich, dass nur ein objektives, sachliches Bild erlangt werden kann, in dem objektive Daten generiert werden, die die Sicht der Beschäftigten enthalten.

Auf konkrete Ergebnisse soll an dieser Stelle verzichtet werden. Wichtig ist unserer Meinung nach vielmehr, zu zeigen, dass die Daten nicht in einer Schublade verschwinden, sondern nachhaltige Veränderungen in den Arbeitsbedingungen bewirken. Fast drei Viertel der Beschäftigten nahmen beide Male die Chance wahr, ihre Ar-



beitsbedingungen zu bewerten und sie vertrauensvoll mitzuteilen. Diese hohen Rücklaufquoten symbolisieren ein großes Interesse am Thema „Gesundheitsförderliche Arbeitsbedingungen in der Polizei Bremerhaven“. Vor allem die jüngeren Beschäftigten und auch die Vorgesetzten haben sich überproportional häufig an der Befragung beteiligt. Dies ist als sehr gutes Zeichen zu bewerten, wenn Führungskräfte, die später die Maßnahmen auch mit in den Abteilungen umsetzen werden, und die jungen Beschäftigten, die noch eine sehr lange Berufsbiografie vor sich haben, der Gesundheitspolitik in ihrer Arbeitsstelle einen hohen Stellenwert einräumen.

Vorausgeschickt werden muss, dass die Polizei in Bremerhaven kein attraktiver Arbeitgeber ist. Im vielbeschworenen Wettbewerb um die klugen Köpfe kann die OPB nicht mit guten Arbeitsbedingungen punkten. Es ist zu befürchten, dass diese grundlegende Feststellung repräsentativ für andere Polizeibehörden sein könnte.

Die unumstößliche Feststellung der Mitarbeiterbefragung ist die, dass die schlechten Aufstiegsmöglichkeiten pathogen sind; auch in den Augen der jüngeren Beschäftigten.

Gleiches gilt für die Bezahlung. Was die Polizei in Bremerhaven anbelangt, müssen die Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung in die Diskussion über eine amtsangemessene Alimentation einbezogen werden. Polizeibeamtinnen und -beamte vergleichen ihr Einkommen in ihrem sozialen Umfeld mit Angehörigen, Verwandten, Freunden und Bekannten in vergleichbaren Berufen und stellen fest, dass sie vielfach nicht amtsangemessen entsprechend der Wertigkeit ihrer Funktion bezahlt werden. Dass sie wegen der langjährigen Abkoppelung des öffentlichen Dienstes von der Lohnentwicklung ein geringeres Gehalt beziehen und sie für Dienst zu ungünstigen Zeiten unzureichend entschädigt werden.

Arbeitsintensität und die emotionale

Anforderungen sind bei der zweiten Befragung ebenfalls in den Gefährdungsbereich schlechter Arbeitsbedingungen abgerutscht. Gerade bei der Arbeitsintensität hatte die Polizei Bremerhaven sich mit Blick auf organisatorische Anpassung im Ermittlungsbereich eine Verbesserung der Werte erhofft. Dieser Index-Wert und seine Aussage ist deshalb in die Evaluation der Organisationsveränderung einbezogen worden. Es ist zu befürchten, dass sich die hoch belastende Arbeitsintensität vor allem durch den kontinuierlichen Personalabbau, die gegenläufige Zunahme an Aufgaben sowie die Reorganisationsprozesse auf Grund der Einsparzwänge auch weiterhin verschlechtert.

Die DEUTSCHE POLIZEI weist seit Langem im Bundesteil ebenso wie in den Berichten aus den Landesbezirken darauf hin, dass abnehmender Respekt gegenüber Repräsentanten staatlichen Handelns und die zunehmende Ge-

Anzeige



STINGER LED HL®
640 LUMEN AUF HOCH
4 STUNDEN BETRIEBSDAUER
AUF NIEDRIG
WIEDERAUFLADBAR

STRION LED HL®
HL
500 LUMEN
WIEDERAUFLADBAR

SCORPION HL®
HL
600 LUMEN
SPEZIELL ENTWICKELTER
GUMMIGRIFF

TLR-1 HL®
HL
630 LUMEN

LEISTUNG und QUALITÄT ZUM RICHTIGEN PREIS

Wenn Sie am Tatort eintreffen, denken Sie nicht an den Ingenieur hinter Ihrer Taschenlampe. An den, der sich der ständigen Weiterentwicklung von Beleuchtungstechnik verschrieben hat, dessen praktische Erfahrung zu dem industrie-spezifischen Design und der Funktionalität des Produkts beiträgt, und dessen Einfallsreichtum es uns erlaubt, Ihnen ein Premium-Produkt zum BESTEN PREIS-LEISTUNGS-VERHÄLTNIS anzubieten.

Sie müssen überhaupt nicht über Ihre Taschenlampe nachdenken. Weil es eine STREAMLIGHT ist.





Vertrieben von
Hofmann
helmuthofmann.de



STREAMLIGHT

001.610.631.0600 CONNECT WITH US WWW.STREAMLIGHT.COM 



waltbereitschaft innerhalb spezifischer Bevölkerungsgruppen sich immer mehr zu einem psychischen Gefährdungsbereich für Polizisten und Polizistinnen entwickelt. Die Ergebnisse von Bremerhaven unterstützen diese Annahme, da sich die Belastungswerte der körperlichen und emotionalen Anforderungen über die Befragungsjahre verschlechtern und die Polizisten und Polizistinnen der Polizei Bremerhaven verstärkt Weiterbildungen in der Selbstverteidigung und dem Selbstschutz nachfragen.

Noch vor den Vorgesetzten sind es die Kolleginnen und Kollegen, die dazu beitragen, dass der Index der Kollegialität auf einem hohen und damit schutzhaften Niveau verbleibt; in diesem Bereich wurde der beste Indexwert mit 87 Punkten erzielt. Auf die Kolleginnen und Kollegen ist Verlass, finden die Beschäftigten, und dass, obwohl die Kollegialität von den Vorgesetzten noch besser gefördert werden könnte. Und auch, wenn Polizeiarbeit häufig einem Kampf gegen Windmühlen gleichkommt, beziehen die Kolleginnen und Kollegen darüber hinaus einen Teil ihrer Arbeitszufriedenheit aus dem unbestrittenen Sinngehalt ihrer polizeilichen Tätigkeit.

Bei der Polizei in Bremerhaven legt der Behördenleiter großen Wert auf die größtmögliche Transparenz über den gesamten Prozess – von der Vorbereitung über die Befragung bis zur Analyse. Die Ergebnisse sind vollständig im Intranet veröffentlicht worden. Das umfasst auch die Ergebnisse in den einzelnen Organisationseinheiten. Die Diskussion der Ergebnisse und die Bestimmung von Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen erfolgt zentral durch eine Arbeitsgruppe, aber auch dezentral in den jeweiligen Organisationseinheiten. In Workshops mit den Vorgesetzten galt es, Best-Practice-Beispiele auszutauschen. Neben der intensiven internen Öffentlichkeitsarbeit wurden politische Ausschüsse informiert, es gab Veröffentlichungen im Landesteil von DEUTSCHE POLIZEI und auch in der örtlichen Presse.

Fazit – Wir hatten (k)einen (reibungslosen) Lernprozess im Denken und Handeln!

Fest steht, die Mitarbeiterbefragungen bei der Ortspolizeibehörde

können als Erfolgsmodell gelten. Dazu trug maßgeblich der Umstand bei, dass der Behördenleiter die Befragung zu „seinem“ Instrument erklärt hat und dass es durch die interne Öffentlichkeitsarbeit gelungen ist, ein hohes Maß an Vertrauen in die Anonymität der Daten zu erzielen. Die externe Begleitung ist ein weiterer unverzichtbarer Erfolgsfaktor, da auf diesem Wege Zweifel an der Objektivität sowie der Genauigkeit der Auswertungen verlässlich unterbunden werden konnten. Eine Mitarbeiterbefragung ist letzten Endes nichts anderes als die ernst gemeinte Frage: „Wie geht es Dir?“, und somit Ausdruck teilnehmender Wertschätzung.

Die Ergebnisse mittels des DGB „Index Gute Arbeit“ wurden mehr als erreicht. Weitere konkrete Maßnahmen oder Lernprozesse für unsere Behörde, die sich über die Zielstellungen ergaben, waren:

- + Stärkung des direkten Austauschs und der Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern jetzt auf den Aussagen der Beschäftigten basierend,
- + Einbettung des betrieblichen Gesundheitsmanagement in die Struktur der Behörde,
- + eindeutige Analyse der Besoldungsstrukturen auf ministerialer Ebene,
- + Festlegung neuer Leitfäden für die Einstellungsverfahren von Führungskräften,
- + Erweiterung des Angebots und verbesserte Zielgruppenorientierung von Weiterbildungsmaßnahmen,
- + Weiterentwicklung behördeninterner Kommunikationskultur und -verfahren,
- + Bedarfsbestimmung und -umsetzung arbeits- und gesundheitsförderlicher Maßnahmen pro Abteilung (zum Beispiel haben Streifenbeamte andere Arbeitsbedingungen als Kriminalkommissare und somit differieren Bedarf und Belastung),
- + ergänzende Erhebungen zu Rahmenbedingungen und Behördenkultur werden in die Steuerungsprozesse einbezogen und
- + Prüfung der Sinnhaftigkeit und der Investition in das Audit „Familie und Beruf“.

Nicht zu unterschätzen sind Erkenntnisse auf der Verhaltensebene. Da die Behörde sich für weitere psychosoziale Angebote wie Supervision oder Coaching öffnete, resultierte daraus ein Prozess, in dessen Verlauf offener als zuvor

über Tabuthemen wie posttraumatische Belastungsstörungen gesprochen werden konnte. Ein weiterer grundlegender Lernprozess bezieht sich auf die Selbstwirksamkeitserwartung, das heißt die Erwartung, aufgrund eigener Kompetenzen gesundheitsbezogene schützende Handlungen selbst erfolgreich ausführen zu können. Mit anderen Worten: Die Beschäftigten in einer Behörde können mit ihrem Verhalten auf die Verhältnisse Einfluss nehmen, sind den Veränderungen ihrer Arbeitswelt nicht schutzlos ausgeliefert, können sie maßgeblich mitgestalten. Dazu gehört, dass konstruktive Lösungsstrategien in den Verwaltungen erarbeitet werden, in dem das Aushalten von Konflikten und Reibungen als Teil des Entwicklungsprozesses der Organisation verstanden wird. Mit Sicherheit wird gerade die letzte Erfahrung die Betriebskultur der OPB weiter positiv verändern, denn sie fördert Vertrauen, Verantwortungsbüroaufnahme und neue Kompetenzen in der Ausübung der Mitbestimmung!

Wir sind uns bewusst, dass die Polizei in Bremerhaven sich in einem Punkt ganz maßgeblich von anderen Polizeien im Bundesgebiet unterscheidet. Bei der Ortspolizeibehörde handelt es sich um die einzige kommunale Polizei in Deutschland. Es ist anzunehmen, dass der kommunale Status und die daraus resultierenden kurzen Entscheidungswege dazu beigetragen haben, dass der DGB „Index Gute Arbeit“ auf Initiative der GdP in Bremerhaven eingesetzt wurde.

Aber: Die dortige Arbeit unterscheidet sich nicht von der anderer Polizeien. Infolgedessen haben die Ergebnisse durchaus Anspruch darauf, als repräsentativ zu gelten. Die GdP sollte ein Interesse daran haben, dass „ihr“ Befragungsinstrument innerhalb der Polizei eine breite Anwendung findet, denn je mehr Daten über die Arbeitsbedingungen der Polizisten und Polizistinnen in den Behörden gesammelt werden, desto stärker ist die Initiativkraft für die Schaffung von guten Arbeitsbedingungen für die Polizeien in Deutschland.

Weitere Informationen:

<http://index-gute-arbeit.dgb.de>

Weitere Informationen zum DGB „Index Gute Arbeit“



Verhandlungsergebnis in der vierten Runde erzielt

Es waren lange und zähe Tarifverhandlungen, begleitet von massiven Warnstreiks. Nach drei Runden ohne jegliches Arbeitgeberangebot gab es erst beim vierten Zusammentreffen mit den Vertretern der Arbeitgeberseite, der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL), am 28. März spät-abends ein Ergebnis für die Beschäftigten der Länder. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB bewerteten dies als zufriedenstellenden Erfolg. Die Bundestarifkommission (BTK) der Gewerkschaft der Polizei (GdP) nahm das Ergebnis einstimmig bei zwei Enthaltungen an.

Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow bezeichnete die mit insgesamt 4,6 Prozent Reallohnsteigerung im Gesamtvolumen bis zum Ende der Laufzeit des Tarifvertrages getroffene Einigung auch nach der Diskussion in der BTK der GdP als zufriedenstellend: „Unsere zahlreichen Warnstreiks und Demonstrationen haben sich gelohnt und dem Verhandlungsmarathon in der vierten Runde den entscheidenden Impuls gegeben. Dafür danke ich allen Kolleginnen und Kollegen, die mit großem Einsatz gekämpft haben. Die Beschäftigten erhalten ab 1. März 2,1 Prozent. Ab 1. März 2016 erhöht sich das Einkommen um weitere 2,3 Prozent, mindestens aber um 75 Euro. Damit konnte der Anschluss an den Tarifabschluss des Bundes gefunden werden. Gleichzeitig konnten Eingriffe in das Leistungsrecht der VBL abgewehrt werden.“ Er forderte die Länder auf, das Ergebnis zeit- und inhaltsgleich auf den Beamtenbereich zu übertragen.

Später Durchbruch

Der Durchbruch war am späten Samstagabend geschafft. Nach mühsamen Verhandlungen, in denen sich die Arbeitgeber drei Runden lang zwar konzilient im Ton, aber hart in der Sache gezeigt hatten, konnte den gewerkschaftlichen Kommissionen ein Tarifergebnis zur Entscheidung vorgelegt werden, das sich sehen lassen konnte, das aber ohne den Druck durch die Warnstreiks und Aktionen vieler, vieler Kolleginnen und Kollegen, nicht möglich gewesen wäre.

Mit dem Ergebnis weisen die Entgelte der Beschäftigten am Ende der Laufzeit, Ende 2016, eine Erhöhung von vier Prozent aus gegenüber der bisherigen Entgelttabelle. Zudem wurde ein beachtlicher Mindestbetrag

durchgesetzt und konnten Eingriffe ins Leistungsrecht der Zusatzversorgung (VBL) verhindert werden.

Gerade das Vorhaben der Arbeitgeber, bei der VBL Eingriffe ins Leistungsrecht vornehmen zu wollen, brachte einerseits die Beschäftigten massiv zu Aktionen und Warnstreiks auf die Straße, hatte aber auch die Verhandlungen selbst sehr zäh gestaltet: Kein Angebot ohne Zugeständnis bei der VBL, so die Devise der Arbeitgeberseite.

Während der Handlungsbedarf bei der VBL seitens der Gewerkschaften bereits 2014 anerkannt worden war (Unterfinanzierung, Demografie, Kapitalmarkt etc.), hatten die Tarifkommissionen in ihren Sitzungen im Dezember zur Aufstellung der Forderungen für die Einkommensrunde mit der TdL noch einmal bekräftigt: Keine Akzeptanz von Rentenkürzungen dieser betrieblichen Altersversorgung!

Manövriermasse

Für die Tariftechniker: Der Tarifvertrag zur Altersversorgung war von den Arbeitgebern nicht gekündigt worden. Es wurde folglich im Rahmen eines bestehenden Tarifvertrages verhandelt. Mit der Folge, dass sich die Gewerkschaftsseite, bezogen auf die VBL, in der Friedenspflicht befand und daher

Anzeige



Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

An der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin ist folgende Stelle für eine/einen

Professorin/Professor (Bes. Gr. W2)

zu besetzen:

am **Fachbereich 5 „Polizei und Sicherheitsmanagement“**

Die Berücksichtigung von Gender- und Diversity-Aspekten in Forschung und Lehre ist erwünscht.

zum nächstmöglichen Zeitpunkt

Kriminalistik mit Schwerpunkt Kriminaltechnik

Kennziffer: 20/2015

Bewerbungen sind bis zum **15. Mai 2015** mit aussagekräftigen Nachweisen - soweit vorhanden auch Ergebnissen von Lehrevaluationen - und Zeugnissen zur Erfüllung der Einstellungs Voraussetzungen und unter Angabe der Kennziffer an die **Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Ref HL 1, Christine Bartel-Bevier, Badensche Str. 52, 10825 Berlin**, zu richten. Wir bitten, Bewerbungsunterlagen nur in Kopien und nicht in Mappen vorzulegen, da die Unterlagen nicht zurückgesandt werden; sie werden nach Abschluss des Auswahlverfahrens vernichtet.

Das detaillierte Stellenprofil, die Anforderungen für die Berufung zur Professorin/zum Professor sowie weitere Informationen finden Sie unter:

<http://www.hwr-berlin.de/nc/aktuelles/stellenmarkt-stipendien-wettbewerbe/stellenausschreibungen/>

sowie unter:

<http://www.uas7.de/Qualitaetsstandards.54.0.html#>





„Behaltet eure faulen Eier!“ lautete die unmissverständliche Ansage von Jutta Jakobs (BTK-Mitglied aus Nordrhein-Westfalen). GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow, Elke Gündner-Ede, Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstands (r.) und Alberdina Körner, GdP-Tarifsekretärin im GdP-Bundesvorstand (l.) unterstützten die Aktion.

hierzu nicht zum Streik hätte aufrufen können und bei einer Kündigung für die vorhandenen Beschäftigten die Nachwirkung gegolten hätte. Was bedeutet hätte, ohne Einigung hätte es dann für Neueinstellungen keine VBL mehr gegeben. Manövriermasse, die letztendlich beide Seiten wohl zum Einigungszwang brachte und insbe-

sondere die Arbeitgeber in der letzten Runde dazu bewog, von den beabsichtigten Leistungskürzungen Abstand zu nehmen.

Mit einer Kündigung der VBL wären die Gewerkschaften nicht mehr friedenspflichtig gewesen und schon die Warnstreiks hatten den Arbeitgebern gezeigt, dass Abstriche bei den Zu-

satzrenten die Beschäftigten im wahren Sinne des Wortes auf die Straße gebracht hätten. Besser also, dieses Wagnis nicht einzugehen!

Und im Sinne der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes hätte eine Kündigung des ATV-Tarifvertrages und eine Nichteinigung auf Dauer zwei Kategorien von Beschäftigten geschaffen: Altbeschäftigte mit, Neubeschäftigte ohne VBL – und wohin das auf Dauer führt, sieht man an der Arbeitszeiten in den Ländern nach der Kündigung der Arbeitszeitregelungen durch die



Erste Statements nach hartem Ringen von ver.di-Chef Frank Bsirske, hinter ihm der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow. Fotos (2): Rüdiger Holecek

Arbeitgeber Anfang des Jahrhunderts. Erst Jahre später ist es gelungen, diesen „Wildwuchs“ wieder einzufangen.

Anerkannter Handlungsbedarf

Dem anerkannten Handlungsbedarf bei der Finanzierung der Zusatzversorgung wird durch folgende Beitragserhöhungen Rechnung getragen:

In der VBL West wird neben dem Arbeitnehmerbeitrag zur Umlage von derzeit 1,41 Prozent folgender zusätzlicher Arbeitnehmerbeitrag zur Umlage erhoben:

- ab 1. Juli 2015 0,2 Prozent auf 1,61 Prozent,
- ab 1. Juli 2016 0,1 Prozent auf dann 1,71 Prozent,
- ab 1. Juli 2017 0,1 Prozent auf dann 1,81 Prozent.

In der VBL Ost wird der Arbeitnehmerbeitrag zur Kapitaldeckung von derzeit 2,0 Prozent wie folgt erhöht:

- ab 1. Juli 2015 auf 2,75 Prozent,
- ab 1. Juli 2016 auf 3,50 Prozent,
- ab 1. Juli 2017 auf 4,25 Prozent.



Warnstreik im öffentlichen Dienst: Über 5.000 Beschäftigte untermauerten ihre Forderungen bei einer zentralen Kundgebung Ende März in Hannover. Foto: Christian Hoffmann



TARIFPOLITIK

Der Arbeitgeberbeitrag in die Kapitaldeckung VBL Ost bleibt bei 2,0 Prozent.

Die Beitragsänderung greift ausschließlich für Versicherte im Bereich der Länder (TdL). Das heißt, trotz eines bisherigen Tarifvertrages mit allen drei Arbeitgebern von Bund, Ländern und Kommunen greifen diese Änderungen nicht automatisch für die Arbeitgeber Bund und Kommunen. Hier werden gegebenenfalls gesonderte Regelungen zu treffen sein.

Jahressonderzahlung Ost

Im Laufe der nächsten fünf Jahre wird die Jahressonderzahlung Ost in fünf gleichen Schritten auf das Westniveau angehoben. Damit gibt es keine Lohndifferenz mehr im Bereich des TV-L zwischen Ost- und Westbeschäftigten.

Damit wird – wenn auch wieder in einem Stufenplan – eine langjährig geforderte Angleichung endlich durchgesetzt. Auch dieses Ergebnis konnte erzielt werden, ohne dass die entsprechende Tarifvorschrift dazu gekündigt worden war.

Sachgrundlose Befristung

Sobald die Ergebnisse der Untersuchung von Bund und Gewerkschaften zu den befristeten Beschäftigungsverhältnissen im öffentlichen Dienst vorliegen, werden die Tarifvertragsparteien diese bewerten, ihre Gespräche über die Befristungspraxis im Länderbereich fortsetzen und den erkannten Handlungsbedarf gegebenenfalls auch vor den nächsten Entgeltverhandlungen umsetzen. Ziel bleibt weiterhin der tarifliche Ausschluss sachgrundloser Befristungen.

Tarifliche Eingruppierung der angestellten Lehrkräfte

In dieser Frage gab es leider auch in dieser Einkommensrunde kein gemeinsames Verhandlungsergebnis. Wir stehen hier weiterhin den Kolleginnen und Kollegen der GEW solidarisch zur Seite. kör

Die Tarifeinigung



Anlage Zusatzversorgung



VERKEHRSSICHERHEIT

Polizei Niedersachsen startet mit „Section Control“ bundesweit einmaliges Pilotvorhaben

Von Jörg Müller

Niedersachsen führt im Rahmen eines Pilotvorhabens als erstes Bundesland die Abschnittskontrolle ein. Noch dieses Jahr soll die zulässige Höchstgeschwindigkeit von Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern mit Echtmessungen des Systems über eine Strecke überwacht werden und damit die Verkehrssicherheit künftig auch in Deutschland nachhaltig verbessert werden. Denn im europäischen Ausland ist „Section Control“ bereits seit Jahren mit guten Erfolgen etabliert.

Nachdem sich bereits der 47. Deutsche Verkehrsgerichtstag (VGT) im Jahr 2009 für einen Modellversuch zur „Section Control“ in einem Bundesland ausgesprochen und Rahmenkriterien zur Orientierung formuliert hatte, kündigte Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius im September vergangenen Jahres schließlich an, dass die Abschnittskontrolle in dem norddeutschen Bundesland kommen wird. Zuvor hatten sich die Fachleute aus seinem Haus mit den rechtlichen und technischen Anforderungen an dieses Verfahren intensiv auseinandergesetzt. Mittlerweile

sind alle vorbereitenden und nahezu alle begleitenden Projektarbeiten abgeschlossen, um nach den Sommerferien Anfang September in den Echtbetrieb zu gehen.

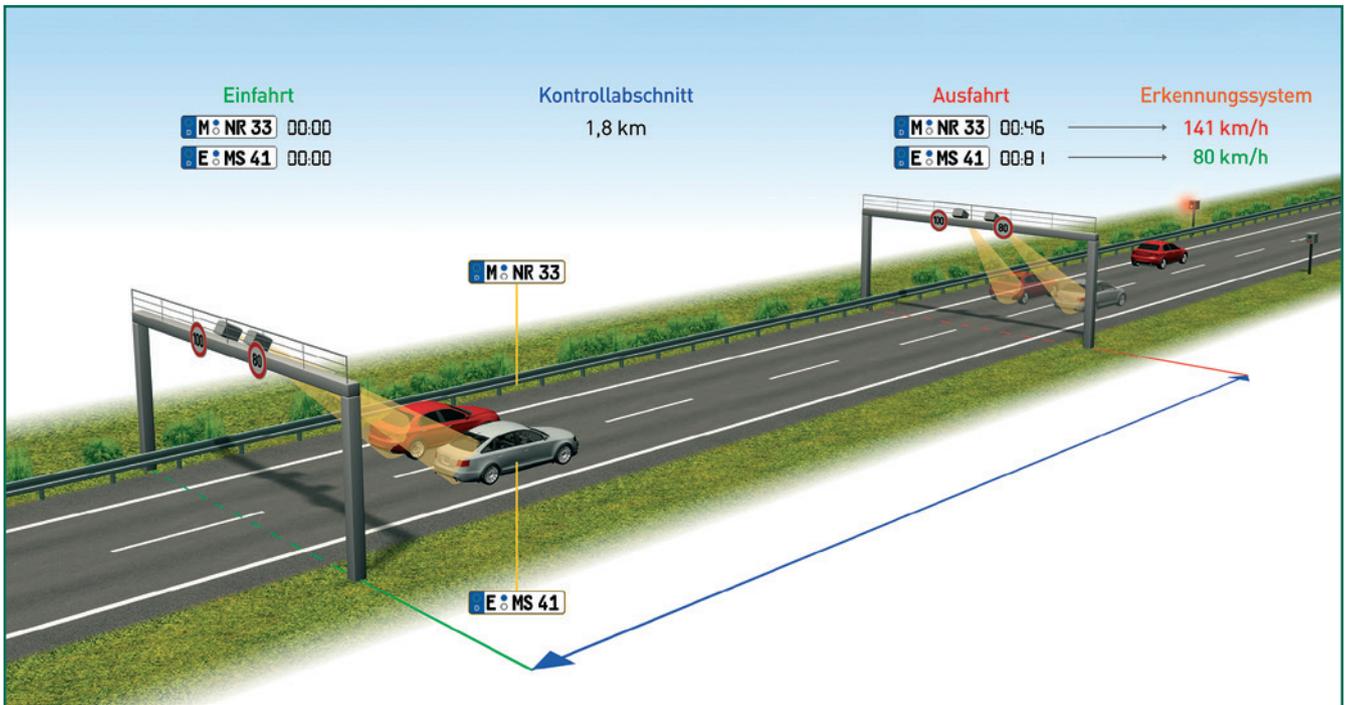
Die Anlage ist im April durch das projektbeteiligte Unternehmen Jenoptik nach Abschluss der Aufbauarbeiten an die Polizei Niedersachsen, den späteren Betreiber, übergeben worden. Nunmehr kümmert sich die Physikalisch Technische Bundesanstalt (PTB) aus Braunschweig um das beantragte Zulassungsverfahren für diese Technik in Deutschland. Bevor die Anlage aber

endgültig in den Echtbetrieb geht, werden sowohl ein IT-Sicherheitskonzept als auch die nach dem Datenschutz vorgesehene technische Vorabkontrolle sowie eine Verfahrensbeschreibung vorgelegt. Parallel dazu entsteht ein Rechtsgutachten, das die wegweisenden Entscheidungen der höchstgerichtlichen Rechtsprechung berücksichtigt und den Einsatz-Grundstein bildet.

Welche Idee liegt in diesem technischen Messverfahren zur Überwachung der Einhaltung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit zugrunde?

Im Gegensatz zur herkömmlichen Geschwindigkeitsüberwachung an einem bestimmten Punkt wird die Geschwindigkeit auf längeren Straßenabschnitten gemessen. Hierzu werden zwei Erfassungsquerschnitte aufgebaut und die exakte Streckenlänge





TraffiSection-Messprinzip: Und so funktioniert es ...

Grafik: Jenoptik

zwischen den Querschnitten im Rahmen einer behördlichen Eichung bestimmt. Für jedes Fahrzeug wird die Durchfahrtszeit ermittelt, aus der sich die Durchschnittsgeschwindigkeit im Messabschnitt errechnen lässt. Nur im Überschreitungsfall erfolgt die entsprechende Verfolgung.

Wie funktioniert die Technik im Pilotvorhaben?

Jedes Fahrzeug, das in den Messbereich einfährt, wird mit einer Heckfotografie mit nicht sichtbarem Infrarot-Blitz digital abgelichtet. Aus der Heckaufnahme wird das Kennzeichen extrahiert und mit einem Einweg-Hash-Algorithmus (mathematisch definiert) nicht rückführbar pseudonymisiert. Das Bild wird in einem nicht zugänglichen flüchtigen Arbeitsspeicher (RAM) der Einfahrtskamera abgelegt. Ein datenbezogener, fahrzeugbezogener GPS-basierter Einfahrtszeittempel wird zusätzlich erzeugt. Gleichzeitig wird das einfahrende Fahrzeug durch einen Laservorhang gescannt, was seine eindeutige Klassifizierung sichert. Bei der Ausfahrt aus dem Messbereich wiederholt sich dieser Vorgang; es entsteht eine zweite Heckaufnahme mit einem zweiten Kennzeichen-Hash-Code. Können zwei gleiche Hash-Codes



DP-Autor Jörg Müller

Foto: privat

Der Leitende Polizeidirektor Jörg Müller führt das Referat Einsatz/Verkehr im Landespolizeipräsidium des

Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport. Der 50-Jährige ist seit 1984 im Polizeidienst und durchlief Verwendungen in der Bereitschaftspolizei, im Einsatz- und Streifendienst und beim Zentralen Kriminaldienst in unterschiedlichen Polizeibehörden. Nach dem Studium an der damaligen Polizei-Führungsakademie Münster-Hiltrup leitete er den Bereich Öffentlichkeitsarbeit der Polizeidirektion Hannover während der dortigen Weltausstellung EXPO 2000. Danach arbeitete Müller bis 2008 als Verkehrsreferent im niedersächsischen Innenministerium, bis 2010 als Einsatzreferent und stellvertretender Referatsleiter Einsatz und Verkehr und bis Januar 2012 als Dezernatsleiter und Abteilungsführer der Bereitschaftspolizei in der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen.

„gemacht“ werden, ergibt sich aufgrund der Abschnittslänge und der zeitlichen Differenz zwischen Ein- und Ausfahrt mittels Weg-Zeit-Berechnung die Durchschnittsgeschwindigkeit des Fahrzeuges, wobei die geeichte kürzeste Verbindung zwischen Ein- und Ausfahrt zugrunde gelegt wird. Fahrstreifenwechsel und Kurven werden

sich somit zugunsten einer Fahrzeugführerin oder eines Fahrzeugführers auswirken. Liegt die ermittelte Durchschnittsgeschwindigkeit unter dem eingestellten Limit, werden sämtliche Daten inklusive temporär gespeicherter Heckfotos sofort gelöscht. Ergibt sich jedoch eine vorwerfbare Geschwindigkeitsüberschreitung, löst eine zentrale





Niedersächsische Pilotstrecke: die zweispurige Bundesstraße 6, südlich von Hannover, zwischen Gleidingen und Laatzen mit einem Streckenabschnitt von 2,1 Kilometern Länge.
Foto: Sebastian Denecke/GdP

Anlagensteuerung eine dritte Kamera, die sogenannte Verstoßkamera, aus und fertigt ein Frontfoto mit der FahrerIn beziehungsweise dem Fahrer sowie dem Kennzeichen des Fahrzeugs. Um eine zweifelsfreie Beweisführung bei unterschiedlichen Kennzeichen an Fahrzeugfront und -heck (Anhänger!) sicherzustellen, wird zeitgleich ein zusätzliches Heckfoto ausgelöst. Alle zu diesem Verstoß gesammelten Daten werden in einer Verstoßdatei gespeichert, digital signiert und verschlüsselt und der Verfolgungsbehörde übermittelt.

Ein Zugriff auf die temporär gespeicherten Heckaufnahmen ist nur bei Vorliegen einer Geschwindigkeitsüberschreitung durch die zentrale Anlagensteuerung möglich. Ein unrechtmäßiger Zugriffsversuch auf die Ein- und Ausfahrkamera führt zum spurlosen und nicht rückführbaren Löschen sämtlicher bislang erhobener temporärer Daten.

Anzeige


THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich. % % %
Informieren Sie sich! % % %
Telefon: (02207) 76 77 % %
www.fahrzeugkauf.com

www.polizeifeste.de

Alle Polizeifeste der GdP auf einen Blick!

»Ein Drogenfahnder aus Neukölln packt aus«



ISBN 978-3-280-05575-5, Euro 14,95

orell füssli
www.ofv.ch

Verfolgen Sie uns 



Innere Sicherheit.



SafeToGo USB Stick

Der Standard bei BKA, LKA und vielen Präsidien.

Einfachste Handhabung und höchste Sicherheit.

SuperSpeed USB 3.0
mit 256-bit AES
Hardwareverschlüsselung.

IM SHOP GEGEN DATENDIEBE:

RABATTE MIT GUTSCHEINCODE:
(PREIS GILT NICHT FÜR MULTI-PACKS)

polizei15
shop.prosoft.de



Wo liegen die Vorteile der Abschnittskontrolle?

Zu „Section Control“ liegen außerhalb der Bundesrepublik bereits umfangreiche Erfahrungen vor. Unter anderem in Österreich und der Schweiz, aber auch in Großbritannien und den Niederlanden führt der Einsatz der Verkehrsüberwachungstechnik zu gleichmäßigen Geschwindigkeiten auf dem überwachten Streckenabschnitt („Harmonisierung des Verkehrsflusses“) und einhergehend damit zu einem messbaren Rückgang von Verkehrsunfällen. Insoweit wirkt die Technik nicht nur punktuell, sondern kann entlang eines entsprechenden Gefahrenbereiches erfolgreich zum Einsatz kommen wie in Baustellenbereichen oder aber Tunnelanlagen. Das an stationären oder mobil-stationären Geschwindigkeitsmessstellen zu beobachtende gefahrträchtige Abbremsen mit anschließendem Beschleunigen macht bei der Abschnittskontrolle wenig Sinn und wird dort seltener zu beobachten sein. Darüber hinaus sprach schon der VGT 2009 davon, dass die Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer „Section Control“ als die gerechtere Messmethode empfinden, weil eben eine kurzzeitig vorkommende, gelegentlich auch unbeabsichtigte Geschwindigkeitsüberschreitung im Abschnittsbereich durch sie selbst ausgeglichen werden kann. Und so ganz nebenbei führt die Fahrweise der Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer zu einer Reduzierung von Emissionen bei gleichzeitiger Kraftstoffeinsparung.

Wo wird „Section Control“ getestet?

Niedersachsen als eines von vielen Flächenländern registriert auf seinen sogenannten Außerortsstrecken – Bundes-, Landes-, oder Kreisstraßen – eine herausragende Unfallrate. Allein in den Jahren 2013 und 2014 waren dort 66 Prozent beziehungsweise circa 69 Prozent aller tödlich Verunglückten zu verzeichnen. Vielfach sind die Überschreitung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit sowie das Fahren mit nicht angepasster Geschwindigkeit als Hauptunfallursache festzustellen. Folglich können gerade dort die größten Sicherheitspotenziale erschlossen werden.

Die durch den VGT vor sechs Jahren



Leitender Polizeidirektor Jörg Müller, Verkehrsreferent im Landespolizeipräsidium Niedersachsen, mit dem GdP-Landesvorsitzenden Dietmar Schillf an der Teststrecke.

Foto: Sebastian Denecke/GdP

aufgestellten Anforderungen an eine Strecke für die Abschnittskontrolle waren der Gradmesser für die Auswahl der niedersächsischen Pilotstrecke, bei der es sich um die zweispurige Bundesstraße 6 südlich von Hannover zwischen Gleidingen und Laatzen handelt. Sie weist einen Streckenabschnitt von 2,1 Kilometern Länge auf und ist mit einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 100 Kilometer pro Stunde ausgestaltet. Mit einer durchschnittlichen Tagesverkehrsmenge (DTV) von rund 15.500

Fahrzeugen an Werktagen ist sie stark frequentiert. Und ohne an dieser Stelle im Detail einsteigen zu wollen, ergeben die festgestellten Geschwindigkeitsüberwachungen ein sehr hohes Geschwindigkeitsniveau. Innerhalb des Betrachtungszeitraumes (2012 bis 2014) ereigneten sich auf den 2,1 Kilometern insgesamt 26 Verkehrsunfälle entlang der relevanten Fahrtrichtung Norden. Bei zehn Verkehrsunfällen wurden elf Personen leicht und drei schwer verletzt, drei Personen wurden getötet.

EHRUNG

Bundesinnenminister begrüßt Goslarer Zivilcouragekampagne

Die Spitzensportlerinnen und Sportler der Bundespolizei sorgen immer wieder für große Erfolge. Die Wintersportler haben in der vergangenen Saison bei Welt-, Europa- und Juniorenweltmeisterschaften 38 Medaillen für Deutschland geholt. Dafür wurden sie jetzt in einer Feierstunde mit einigen hundert Teilnehmern in der Bundespolizeisportschule im bayerischen

Bad Endorf von Bundesinnenminister Thomas de Maizière und dem Präsidenten des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB), Alfons Hörmann, geehrt.

Unter anderem erhielten die Biathleten Arnd Peiffer und Daniel Böhm, die Rennrodlerinnen und -rodler Natalie Geisenberger, Felix Loch und Tobias Arlt sowie Skispringerin Carina



Vogt in Anwesenheit des obersten Personalvertreters der Bundespolizei, dem Langelsheimer Martin Schilff, die begehrten Auszeichnungen. Schilff, der die 40.000 Kollegen und Mitarbeiter der Bundespolizei vertritt, nutzte mit den Weltmeistern Peiffer und Böhm das Treffen, um ihrem „obersten Dienstherrn“ über ihr Engagement im Rahmen der Goslarer Zivilcouragekampagne (GZK) zu informieren. Der Bundesinnenminister zeigte sich begeistert und war sofort bereit, gemeinsam mit den drei couragierten Harzern „Gesicht für die Kampagne“ zu zeigen. **Martin Schilff**



Harzer Plakatpaten (v.l.n.r.) Arnd Peiffer, Thomas de Maizière, Daniel Böhm und Martin Schilff zeigen „Gesicht für Zivilcourage“

Foto: ms

Anzeige

»WIR zahlen 0€ fürs Girokonto.«

Gemeinsam mehr als eine Bank

SpardaGiro:

Das kostenlose Girokonto* für Mitglieder.

Wechseln auch Sie zur Bank, die ihren Mitgliedern gehört. Denn gemeinsam machen wir faire Konditionen und einfache Produkte möglich. So, wie unser kostenloses Girokonto.* Das können Sie auch ganz bequem online nutzen – oder unterwegs mit unserer App. Und um den Kontowechsel kümmern wir uns auch.

Jetzt informieren: www.sparda.de

Kundenmonitor®
Deutschland 2014

Platz 1

Sparda-Banken
(Platz 1 von 1993-2014)

Kundenzufriedenheit

bei Banken und Sparkassen
unter 8 ausgewiesenen Instituten

* Lohn-/Gehalts-/Rentenkonto für Mitglieder bei Erwerb von 52,- Euro Genossenschaftsanteil mit attraktiver Dividende.

Sparda-Banken

Freundlich & fair



GdP lud Innen- und Rechtspolitiker zum „Parlamentarischen Frühstück“

Zum zweiten „Parlamentarischen Frühstück“ hatte die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Ende März die Mitglieder des Innen- und Rechtsausschusses des Bundestages eingeladen. Wie schon im Jahr zuvor nutzten zahlreiche Parlamentarier aller Fraktionen die Möglichkeit, die aktuelle Sicherheitslage mit Spitzenvertretern der GdP ausführlich und in angenehmer Umgebung zu erörtern. Den thematischen Impuls lieferte der Islamexperte des Landeskriminalamtes Rheinland-Pfalz, Dr. Marwan Abou-Taam. Er stellte anschaulich und detailliert dar, über welche Wege und Formen sich junge Menschen hier in Deutschland für den religiösen Dschihad radikalisieren und provozierte mit seinen Ausführungen Gesprächsbedarf von politischer Seite. In einer kurzen Begrüßung ging der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow auf die erschütternden Vorfälle in Frankfurt/Main anlässlich der Blockupy-Demonstrationen im Zusammenhang mit der Eröffnung des neuen EZB-Gebäudes Mitte März ein und warb bei den Bundestagsabgeordneten um mehr Rückendeckung für die Polizei.

mzo



... Der GdP-Chef und sein Vize Radek im Gespräch mit Barbara Woltmann aus der CDU/CSU-Fraktion.

Norbert Spinrath (l.), Ex-GdP-Bundesvorsitzender, sitzt nun für die SPD im Bundestag. Neben ihm: Volker Beck, Die Grünen. Fotos (4): mzo



Auch das 2. „Parlamentarische Frühstück“ der GdP war gut besucht.



Kontaktaufnahme: Susanne Mittag (SPD) aus Niedersachsen und GdP-Chef Oliver Malchow. Rechts im Bild: Dr. Patrick Sensburg (CDU/CSU).



GESPRÄCHE



Thematischer Impuls durch den Islamexperten des Landeskriminalamtes Rheinland-Pfalz Dr. Marwan Abou-Taam.

(v.l.): GdP-Vize Jörg Radek im Gespräch mit Armin Schuster (CDU/CSU) und dessen Fraktionskollegen Günter Baumann.



SPD-Politiker Uli Grötsch (m.) mit GdP-Chef Oliver Malchow und seinem Stellvertreter Jörg Radek (r.) ...



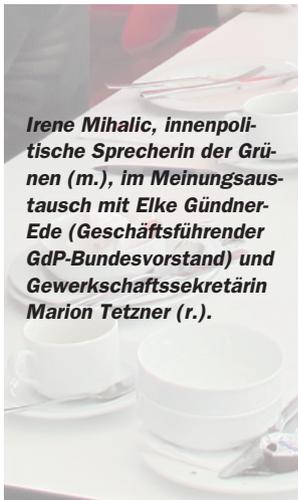
Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek mit dem Linke-Innenpolitiker Frank Tempel (l.) Fotos (5): mzo



Jörn Wunderlich (Die Linke) mit lebhaftem Wortbeitrag. In der Bildmitte: Anita Schäfer (CDU/CSU). GdP-Bundeskassierer Jörg Bruchmüller (links oben) kommt scheinbar ins Grübeln.



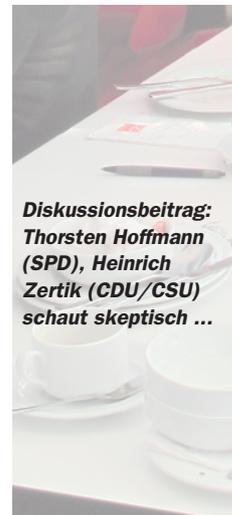
GESPRÄCHE



Irene Mihalic, innenpolitische Sprecherin der Grünen (m.), im Meinungsaustausch mit Elke Gündner-Ede (Geschäftsführender GdP-Bundesvorstand) und Gewerkschaftssekretärin Marion Tetzner (r.).



GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow erinnerte an die erschütternde Gewalteskalation anlässlich der Frankfurter Blockupy-Proteste.



Diskussionsbeitrag: Thorsten Hoffmann (SPD), Heinrich Zertik (CDU/CSU) schaut skeptisch ...



Volker Beck, Innenpolitiker der Grünen, mit Nachfragen. Mit am Tisch: (v.l.) Norbert Spinrath (SPD), Erika Steinbach (CDU/CSU), Clemens Murr und Dietmar Schilff (beide Geschäftsführender GdP-Bundesvorstand). Fotos (4): mzo



Väter klagen gegen Mütterrente

Von Thomas Gesterkamp

Die im Juli 2014 eingeführte Mütterrente gilt trotz ihres irreführenden Namens auch für Väter – wenn diese sich in der Kleinkindphase intensiv um ihren Nachwuchs gekümmert haben. Sogar längst geschiedene Männer können rückwirkend von der Regelung profitieren, indem sie den Versorgungsausgleich neu berechnen lassen.

Schon der Begriff war falsch und ausgrenzend. Als nach Bildung der großen Koalition die Umsetzung eines zentralen Wahlversprechens der Christdemokraten diskutiert wurde, sprachen Politiker und Berichterstatter ständig von der Mütterrente. Dabei hatte der Gesetzentwurf das Vorhaben zwar für Laien unverständlich, aber durchaus geschlechtsneutral formuliert: Von einem „Zuschlag an persönlichen Entgeltpunkten für Kindererziehung“ war im offiziellen

Bürokratendeutsch die Rede. Bezeichnungen wie „Elternrente“ oder „Erziehendenrente“ passen also besser.

Neben über neun Millionen Müttern haben nach Schätzungen des Bundesarbeitsministeriums immerhin rund 150.000 Väter Anspruch auf die neue Leistung. Dazu zählen zum Beispiel Witwer, die ihre vor 1992 geborenen Kinder nach dem Tod der Mutter allein groß zogen. Zu den möglichen Nutznießern gehören aber ebenso Väter,

die sich vor einer Trennung engagiert um ihre Kinder gekümmert haben.

Datenauswertungen der Deutschen Rentenversicherung Bund belegen, dass immer mehr dieser Väter jetzt vor Familiengerichte ziehen. Wenn sich nämlich das Altersgeld einer früheren Partnerin durch die Mütterrente erhöht, können Geschiedene beantragen, den Versorgungsausgleich neu zu berechnen. Schon im zweiten Halbjahr 2014, also direkt nach Inkrafttreten des Rentenpaketes der Bundesregierung, ist die Zahl dieser von Juristen so genannten Abänderungsverfahren explosionsartig auf über 2.000 angewachsen. Zwischen Juli und Dezember 2013, also im Vergleichszeitraum ein Jahr zuvor, hatten die Statistiker nicht einmal 300 solcher Fälle verzeichnet. Väter, die bei regionalen Rententrägern wie den früheren Landesversicherungsanstalten ihre Anträge stellen, sind in den Berechnungen noch gar nicht enthalten.

Die vorläufige Bilanz signalisiert

Anzeige

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit Lösungen für Dienststanwärter.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Optimale Sicherheit speziell für Vollzugsbeamte. Von Anfang an.

- ✓ Passgenaue Krankenversicherung zu Beihilfe und Heilfürsorge
- ✓ Garantierte Dienstunfähigkeitsrente bis zu 1.500 Euro
- ✓ Auch die Teil-Dienstunfähigkeit ist absicherbar

Als Spezialversicherer exklusiv für den Öffentlichen Dienst geben wir alles für Sie. Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen: www.DBV.de oder Telefon 0800 166 55 94.



PUNKTEN MIT ...



Prüfungswissen Staats- und Verfassungsrecht

Wissens- und Verständnisfragen
Problemorientierte Antworten

Von **Horst Döding** und **Karsten Webel**.

1. Auflage 2013

Umfang: 368 Seiten / **Format:** Broschur, 16,5 x 24 cm

Preis: 24,90 € [D] / **ISBN 978-3-8011-0714-7**

Dem Staats- und Verfassungsrecht kommt auch nach der Umstellung des Fachhochschulstudiums „Polizei“ auf das Bachelor-Format inhaltlich eine zentrale Bedeutung in der Ausbildung zu. Die wesentlichen Zusammenhänge und Strukturen des Staats- und Verfassungsrechts vermittelt dieses Buch in konzentrierter Form. Im Einzelnen werden behandelt:

Teil I: Einführung

Teil II: Staatsrechtliche Grundlagen

Teil III: Die Grundrechte

Ein Literatur- und Stichwortverzeichnis rundet das Werk ab. Der Schwerpunkt des Buches liegt im Bereich Wissens- und Verständnisfragen. Die dazugehörigen Antworten sind kurz und konzentrieren sich auf die Sachprobleme.



DIE AUTOREN

Horst Döding, Leitender Regierungsdirektor a. D.

Dr. Karsten Webel, Master of Laws, Regierungsdirektor.

Prüfungswissen Psychologie

Grundlagenwissen - Sachverhalte - Lösungen

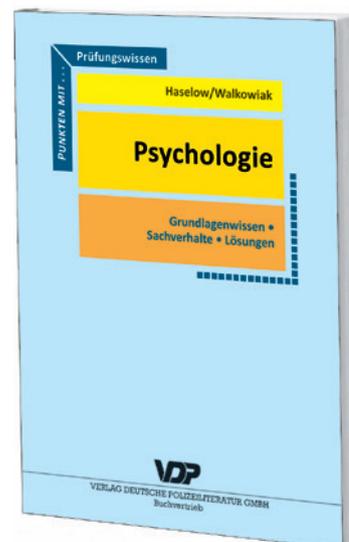
Von **Dr. Reinhard Haselow** und **Dr. Jens Walkowiak**.

1. Auflage 2012

Umfang: 368 Seiten / **Format:** Broschur, 16,5 x 24 cm

Preis: 24,90 € [D] / **ISBN 978-3-8011-0680-5**

Dieses Buch bietet, unter Berücksichtigung polizeilicher Zusammenhänge, eine Einführung in alle wichtigen Bereiche der Psychologie. Die Autoren erklären die wissenschaftlichen Fachbegriffe, stellen die sozialwissenschaftlichen Theorien verständlich dar und erläutern diese jeweils in polizeipraktischen Fällen bzw. Zusammenhängen. Ausgehend vom Bachelor-Studienverlauf „Polizeivollzugsdienst“ in NRW bietet es so eine gute Möglichkeit für die gezielte Vorbereitung auf die psychologischen Inhalte, die in der Lehre vermittelt wie auch in unterschiedlichen Leistungsnachweisen geprüft werden.



DIE AUTOREN

Dr. Reinhard Haselow, Erster Polizeihauptkommissar a.D.

Dr. Jens Walkowiak, Dozent und Trainer für die Polizei.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
le · www.vdpolizei.de

probe und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

noch keine Antragsflut. Der schnelle Anstieg macht aber deutlich, was auf die Gerichte noch zukommen könnte. Denn den wenigsten Trennungsvätern ist bislang überhaupt bekannt, dass neben ihrer Ex-Frau auch sie selbst von der Mütterrente profitieren könnten. Wenn zum Beispiel zwei damals gemeinsam versorgte Kinder vor 1992 geboren sind, macht das immerhin gut 28 Euro mehr Rente pro Monat aus; bei drei Kindern sind es schon fast 43 Euro. Voraussetzung ist jeweils, dass das Familiengericht im Abänderungsverfahren den Männern die Hälfte des zusätzlichen Anspruches an Entgeltpunkten zuspricht.

Bei der Prüfung existieren allerdings gleich mehrere Haken. So betont Manuela Bodewell von der Deutschen Rentenversicherung, dass die Anträge erst bearbeitet werden, wenn mindestens einer der beiden Geschiedenen bereits eine Rente bezieht oder in den nächsten sechs Monaten in den Ruhestand geht. Zudem, darauf weisen Fachjuristen hin, müssen Väter die Kosten eines möglichen Rechtsstreites bedenken.

Heinrich Schürmann vom Oberlandesgericht Oldenburg plädiert für ein



Foto: CHROMORANGE/Christian Ohde/dpa

behutsames Vorgehen. Eine erneute Prüfung der gegenseitigen Rentenansprüche, so der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Familiengerichtstages, lohne sich nur dann, wenn mindestens zwei Kinder aus der geschiedenen Ehe hervorgegangen sind. Ist dagegen nur ein Kind vor

1992 geboren, wird der vom Gesetz vorgegebene Grenzwert für eine Abänderung des Versorgungsausgleiches gar nicht erst erreicht. Trennungsväter sollten also die finanziellen Vor- und Nachteile wie auch die psychischen Belastungen einer rechtlichen Auseinandersetzung in Ruhe abwägen.

STANDPUNKT

Audit meets Praxis ... und es geht doch! Führen in Teilzeit! – Ein Erfahrungsbericht

Von Kathrin Süßenbach

Beruf und Familie miteinander vereinbaren zu wollen, ist kein neues Thema. Viele Menschen möchten Eltern sein, möchten gute Eltern sein und dennoch den Beruf nicht aufgeben beziehungsweise sogar weiter kommen. Das ist ein legitimer Wunsch, und wer Familie und Beruf auf diese Art miteinander zu vereinbaren versucht, ist weder eine „Rabenmutter“, gar ein „Rabenvater“, noch ein Arbeitnehmer zweiter Klasse. Und, ob es für ein Kind gut oder schlecht ist, wenn die Eltern, in der Regel die Mama, frühzeitig wieder arbeiten geht, sollte jede Familie aufgrund ihrer eigenen Rahmenbedingungen selbst entscheiden.

Ich glaube allerdings, dass dafür wesentliche Faktoren von besonderer Bedeutung sind – Unterstützung, Verständnis und eigene Flexibilität. Die beiden erstgenannten benötigen die Familien bei der Kinderbetreuung, sei es durch Kindergärten oder eigene

soziale Netzwerke wie Omas, sonstige nahe Familienangehörige oder andere Mütter von Spielkameraden.

Neben den planbaren Betreuungszeiten wird es mit jedem Kind Zeiten geben, wo kleine Krankheiten auftreten.

Eigene Flexibilität

Teilzeitkräfte, die selbst flexibel sind in ihrer Dienstzeitgestaltung und versuchen, das möglich zu machen, was geht, werden eher Verständnis für sich persönlich und für das Thema insgesamt ernten. Die eigene Flexibilität ist natürlich stark eingeschränkt, wenn die Rahmenbedingungen schwieriger sind, beispielsweise bei Alleinerziehenden.

Fazit

Beruf und Familie für jeden individuell miteinander zu vereinbaren ist nicht



STANDPUNKT

einfach, weder für Eltern, Kinder noch für Arbeitgeber und die Kollegenschaft. Aber für diejenigen, die es wollen, wäre etwas mehr „Kopf-Freiheit“ wünschenswert und die Bereitschaft, neue Wege zu gehen oder einfach flexibler zu sein.

Führungsstellen des höheren Dienstes können teilzeitgeeignet ein, wenn man sie von sonstigen Aufgaben wie Projekt- oder Arbeitsgruppen entlastet.

Kleine Stundenanteile mancher Tätigkeiten könnten zum Beispiel außerhalb des normalen Büro-Arbeitsplatzes zu Hause bearbeitet werden wie Konzeptarbeit, Recherchen zu Sachthemen oder die Vorbereitung von Vorträgen.

Beim Stichwort Telearbeitsplatz klingeln als erstes viele Datenschutz-Alarmglocken. Aber vielleicht könnte man über modifizierte Eltern-Telearbeit nachdenken?

Besprechungen sind ein wichtiges Kommunikationsmittel auf allen Ebenen. Für Teilzeitkräfte, die versuchen, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren, sollten sie zielgruppengerech-



DP-Autorin Kathrin Süßenbach ist Kriminaloberrätin bei der rheinland-pfälzischen Polizei.

Foto: Polizei Rheinland-Pfalz

recht in der Regel zwischen 8 und 12 Uhr beginnen.

Spontan-Termine unorganisierter Führungskräfte machen Teilzeitkräften das Leben schwer. Bei mittel- oder langfristig bekannten Terminen außerhalb der normalen (Teil-)Arbeitszeit kann vieles besser gemanagt werden. Wobei die Unplanbarkeit mancher Einsatzlagen hier natürlich nicht gemeint ist.

Das Elternteil, welches den größten Betreuungsanteil leistet, muss wohnortnah verwendet werden. Das ist das

„A und O“ des Themas Vereinbarkeit von Beruf und Familie!

Bleibt die Frage: Warum?

Warum versuchen manche, ihren Beruf und die Familie miteinander zu vereinbaren, wenn es so schwierig ist und so viel Stress macht ...? Antwort: Weil wir es wollen! So sehr wir unsere Kinder und die Zeit mit Ihnen lieben, so sehr möchten wir uns auch weiter mit anderen Dingen beschäftigen – mit dem Beruf, den wir mal gewählt hatten und mit allen Menschen, mit denen wir den Arbeitsalltag bewältigen. Zudem freut sich der Arbeitgeber über Beschäftigte, die heute nach ein, zwei oder drei Jahren wieder arbeiten kommen und nicht mehr erst nach sechs oder mehr. Unter dem Strich: Auch ohne Auditierung lohnt es sich, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Netzwerke, Flexibilität und „Kopf-Freiheit“, auch mal etwas anders zu machen, sind dabei zwingende Voraussetzungen – bei Betroffenen und bei Entscheidungsträgern!

Kapitalmarkt

<p>Beamendarlehen 10.000 €-120.000 €</p> <ul style="list-style-type: none"> Extra günstige Kredite für Sparfüchse Umschuldung: Raten bis 50% senken Baufinanzierungen gigantisch günstig <p>0800 - 1000 500 Free Call</p> <p>Wer vergleicht, kommt zu uns, Seit über 35 Jahren.</p>	<p>Deutschlands günstiger Autokredit</p> <p>3,47% effektiver Jahreszins</p> <p>5.000 € bis 50.000 € Laufzeit 48 bis 120 Monate</p> <p>Repräsentatives Beispiel nach §6a PangV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 3,47% eff. Jahreszins, fester Sollzins 3,42% p.a., Rate 447,- €, Gesamtkosten 21.425,62 €</p> <p>www.Autokredit.center</p>	<p>AK FINANZ</p> <p>Kapitalvermittlungs-GmbH</p> <p>E3, 11 Planken 68159 Mannheim Fax: (0621) 178180-25 Info@AK-Finanz.de</p>	<p>Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker</p> <p>Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 3,89%, Lfz. 7 Jahre, mit. Rate 544,73 €, eff. Jahreszins 3,96%, Bruttobetrag 45.757,09 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeneintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldsicherung.</p>
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

credimax
Erfolg und Erfahrung seit über 23 Jahren!

Spezialdarlehen für Beamte und den Öffentlichen Dienst

- Kostenlose Bearbeitung
- Von 1.000 bis 120.000 €
- Auch bei schlechter Bonität
- Umschuldung – Raten bis zu 50% senken

Beamten Kredit

Kostenlos anfragen:
Tel: 033702 97 97 95
www.credimaxx.eu

Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen

Forwarddarlehen, Ratenkredite

Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.

Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:

IFS Hans-Joachim Janke
Königswall 1 • 44137 Dortmund
www.ifs-janke.de • Tel. 02 31/9 14 51 45

!SOFORTKREDITE!

vermittelt
PECUNIA GmbH seit 1980
Tel. 02 01/22 13 48

Ablösung teurer Kredite u. Girokonten Kredite bis zum 80. Lebensjahr
Ohne Auskunft bis 10.000 €.

45127 Essen • Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

Caritas international
www.caritas-international.de
Spendenkonto 202 753
Postbank Karlsruhe, BLZ 660 100 75

Diakonie Katastrophenhilfe
www.diakonie-katastrophenhilfe.de
Spendenkonto 502 707
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

Diakonie Katastrophenhilfe

www.diakonie-katastrophenhilfe.de
Spendenkonto 502 707
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtdarlehen.de
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800-040 40 41
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

NÜRNBERGER
Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt
Prälat-Hoing-Str. 19 • 46325 Borken-Weselo



Pflege leichter gemacht

Von Thomas Gesterkamp

Das neue Pflegezeitgesetz macht Menschen, die ältere Familienangehörige versorgen, attraktivere Angebote als bisher. Doch verglichen mit der Förderung junger Eltern sind die noch unzureichend.

Familien sind der größte und kostengünstigste Pflegedienst in Deutschland. Mindestens anderthalb Millionen Bundesbürger kümmern sich derzeit zu Hause um Bedürftige. In naher Zukunft wird sich diese Zahl Prognosen zufolge verdoppeln, weil die Generation der Babyboomer in die kritischen Jahre kommt. Zwei Drittel der Pflegenden, betont Berthold Dietz von der Evangelischen Hochschule Freiburg, sind zugleich erwerbstätig – die Hälfte davon in Vollzeit. Bei der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, so der Soziologe, kommen „Verhältnisse auf uns zu, die alles in den Schatten stellen, was wir bisher an Aktivitäten in Sachen Kinder kennen“.

Im Schatten

Das Thema Pflege stand lange im Schatten der populäreren Debatte über den Spagat zwischen Kind und Karriere. Die Geburt von Nachwuchs ist ein positives Ereignis, mit dessen wohlwollender Begleitung sich Politiker

wie Firmenchefs schmücken können. Gebrechliche Alte eignen sich dagegen kaum für Hochglanzbrochüren. Mit ihnen geht es nicht aufwärts, sondern abwärts. Trauer, Leid und vor allem Tod sind öffentliche Tabuthemen. Die Pflege von Schwerkranken kann deprimierend sein, sie ist kaum planbar und zieht sich häufig auch länger hin als die Versorgung von Säuglingen: Die Zeiträume schwanken zwischen wenigen Wochen und mehreren Jahrzehnten, im Durchschnitt sind es acht Jahre.

Überfällig

Das Anfang 2015 in Kraft ge-

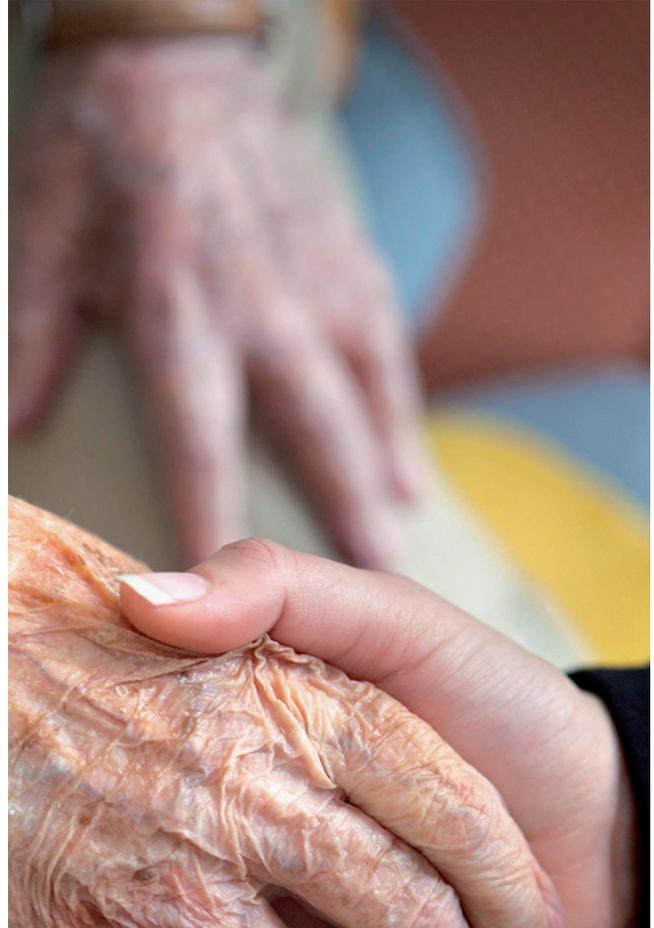


Foto: Michael Reiche/Alpa

Reise & Erholung

wasser-craft
rafting canyoning oetzal

Sommer Abenteuer bei uns

TOP ANGEBOT
Canyoning & Raftingtour
1x grillen am Lagerfeuer und
2 ÜF / Pension, DU-WC
Preis pro Person ab € 161
Ermäßigungen f. Polizeigruppen

office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at
Telefon: 0043 5252 6721

Bayerischer Wald, komf. FeWo**** v. Kollegen
ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 93485 Rimbach, Tel./Fax:
0 99 41/7118, www.ferienwohnung-gammer.de

Franken bei Bamberg, eigene Metzgerei.
Waldreiche Gegend, Lift, 75 Betten, Menüwahl,
HP 5 Tage ab 159,- €, Gruppenangebote an-
fordern. Tel. 0 95 35/2 41, www.zur-sonne-
urlaub.de

Fehmarn/Ostsee
2-Raum-FeWo. für 4 Pers.,
am Südstrand,
50 m z. Promenade, Kabel-TV
Preise gem. Saison
Telefon: 040/6784581
www.fehmarn4family.de

MAURITIUS, LUXUSANLAGE VON PRIVAT
Ab € 79,- p. / Tag / HP, 0 21 58-40 08 05
www.mauritius-traumvilla.de

**Sanatorium Anders
Bad Füssing**
Beihilfefähig §30GewO
Niedrigster Tagessatz € 61,00

- Arzt im Haus
- Beh.-Preise nach Beihilfe-VO
- Keine Wartezeit

Rheuma, Schmerzen in Hüfte,
Knie, Fuß oder Rücken - wir helfen
Ihnen, Ihre Schmerzen zu lindern.

Kostenloses Prospekt:
Tel.: 0 85 31 / 2 40 40
www.KS-Anders.de

CanKick
-prickelnd anders-

TOP ANGEBOT
1x Rafting & Canyoning
1x Grillplatte & Foto CD
2x ÜF/Pension DU-WC
Angebot pro Person
nur € 149,-

RAFTING - CANYONING - KLETTERSTEIG
ACTION & ABENTEUER // Tel. +43 5252 200 38
info@cankick.at // www.cankick.at



Sicher leben

Das Präventionsportal **PolizeiDeinPartner.de** bietet allen Bürgern, Unternehmen, Institutionen und Behörden die Möglichkeit, sich online über einzelne Themenbereiche der kriminalpolizeilichen Prävention umfassend zu informieren.

Breit gefächerte Themengebiete, z. B.:

- Diebstahl und Betrug
- Gewalt und Missbrauch
- Internet und Mobilfunk
- Sicheres Gebäude
- Verkehrserziehung und -sicherheit
- Zivilcourage



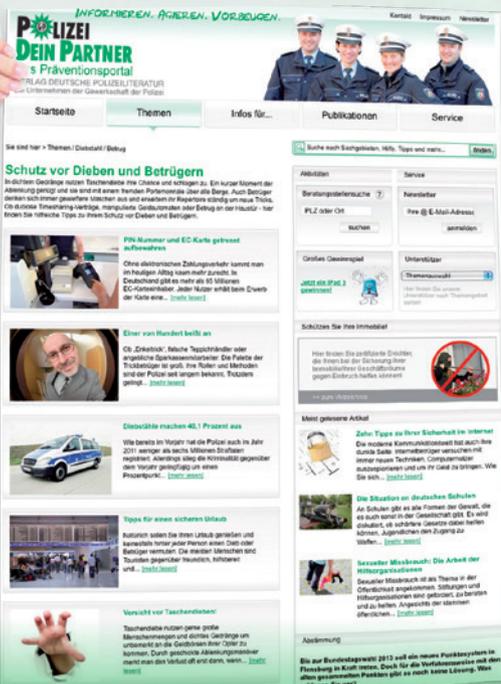
Umfangreicher Zusatz-Service:

- Viele nützliche Links und Downloads
- Monatlicher Newsletter
- Kriminalpolizeiliche Beratungsstellen
- Bußgeldrechner

Zielgruppenorientierte Gliederung:

- Autofahrer und ÖPNV-Nutzer
- Gewerbetreibende
- Kinder und Jugendliche
- Eltern, Lehrer und Erzieher
- Mieter und Eigentümer
- Urlauber

Und viele mehr.



www.PolizeiDeinPartner.de

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

POLIZEI
DEIN PARTNER

Das Präventionsportal

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei



Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211/7104-0, Telefax 0211/7104-174
av@vdpolizei.de, www.vdpolizei.de

wie ein Funktionär der gleichen Partei DIE LINKE, herzlichst mit „du“ und Schulterklopfen auf dem Podium begrüßt wurde und sich und seine Partei anbieten durfte. Was wohl unsere verletzten Kolleginnen und Kollegen dazu sagen?

Auch in der DP mussten wir schon mit Mitgliedsbeiträgen finanzierte Veröffentlichungen von Pseudopolizeifreunden der gleichen Partei hinnehmen. Glaubt die GdP allen Ernstes, dass ein Polizist die Agitation dieser Leute in unserer Mitgliederzeitung lesen will? Genauso wenig wie die von Rechtsaußen, denen gottseidank in unserer Zeitschrift keine Plattform geboten wird. Für uns Gewerkschafter zählen Fakten, zum Beispiel Rechtfertigung und Verständnis für Gewalt gegen Polizei, Personalabbau und schlecht bezahlte Polizisten in Ländern mit linker Regierungsbeteiligung.

Sollte der GdP-Bundesvorstand nach Frankfurt meinen, beim nächsten Kongress nochmals Freunde der Partei DIE LINKE unseren Kolleginnen und Kollegen zumuten zu müssen, würde ich mich und da bin ich sicher nicht allein, dafür vor unseren verletzten Kolleginnen und Kollegen schämen, die Veranstaltung boykottieren oder zumindest demonstrativ verlassen.

**Holger Zimmermann,
Aschaffenburg,
Vorsitzender BG Unterfranken**

Zu: Standpunkt, DP 3/15

Ich bin schockiert. Schockiert darüber, dass sich die DP und damit die GdP mal wieder für politische Meinungs-

mache in der Frage rechts/links gebrauchen oder vielleicht sogar besser missbrauchen lässt – und das, obwohl das Thema mit der Polizei beziehungsweise den gewerkschaftlichen Interessen – wenn überhaupt – nur indirekt zu tun hat.

Aber zu meinem Standpunkt: Bereits in der Einleitung disqualifiziert sich der Autor selbst. Pegida schon im Grundsatz und von vorn herein als rassistisch zu bezeichnen, ist falsch und zeugt von mangelnder Informationsbeschaffung seitens des Autors – so er sich denn überhaupt die Mühe machen wollte, sich zu informieren.

Von dem sicherlich nicht auszu-schließenden Teil der Neonazi-Szene, die bei einer Demonstration dieses Ausmaßes nicht ausgeschlossen werden kann, handelt es sich bei den Teilnehmern um bürgerliche Klientel, wie eine Studie der Technischen Universität Dresden zeigte (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/pegida-studie-in-dresden-marschiert-die-mittelschicht-a-1012913.html>). Ich gehe also schon ab der Überschrift von reiner Meinungsmache und bewusster, provokanter Beleidigung der Demo-Teilnehmer aus, da der Autor später selbst auf die Studie hinweist – seine eigene Aussage also widerlegt (um sie im Anschluss zu wiederholen). Schon hier zeigt sich eine leichte Schizophrenie?

Aber weiter: Im ersten Absatz bezeichnet der Autor die Demo-Teilnehmer als egoistisch und demokratiefiern. Zeitgleich zieht er den Vergleich zur AfD, wodurch sich mir die Frage aufdrängt, ob hier nun auch eine eindeutige demokratische Partei diskreditiert

werden soll? Im Endeffekt handelt es sich meiner Ansicht nach bei dieser Aussage des Autors nur um eine provozierende Beleidigung der Demonstrationsteilnehmer.

Im zweiten Absatz und damit in der zweiten Spalte sagt der Autor nun, dass es sich bei den Sorgen der Pegida-Teilnehmer nur um den Frust der Politik geht, da „diese nicht die jeweils subjektiven, höchst persönlichen Partikularinteressen durchsetzt“. Davon abgesehen, woher der Autor diese Erkenntnis haben mag, frage ich mich vor allem: Kann es denn derart „höchst persönlich“ – also individuell und einzeln – sein, wenn sich über 20.000 Menschen unter demselben Motto auf die Straße begeben? Welch ein Zufall ... Und kann es so verkehrt sein, wenn man Angst um seine eigenen Werte, sein Land, sein Heim und seine Familie zum Ausdruck bringt, egal ob nur subjektiv oder auch objektiv belegbar? Ist das wirklich als verwerflich anzusehen?

Im weiteren Verlauf relativiert der Autor seine zuvor getätigte Aussage mit den Worten, dass wohl nicht jeder Teilnehmer ein Neonazi sei. Diese Relativierung wird jedoch sofort selbst wieder reaktiviert, was einen selbstkritischen Blick auf die eigene provokante Aussage vermissen lässt und die wissenschaftliche Neutralität gänzlich negiert. Nichts dagegen bei einem „Standpunkt“, der hier zum Ausdruck gebracht werden soll. Nur stellt sich mir hier erneut die Frage, was das mit der GdP und DP als polizeiliche Interessenvertretung zu tun haben soll.

Im ersten Absatz auf Seite 26 schlägt

Anzeige

WWW.POLIZEIPRAXIS.de



der Autor weiter über die Stränge: Er bezeichnet die Demo-Teilnehmer nunmehr als „mehr oder weniger sozial etablierte und situierte“ Personen. Damit nicht genug, werden sie alle pauschal als verrückt abgestempelt. Und nur, weil sie sich nun unter Gleichgesinnten befänden, würde ihnen ihre „objektiv nach wie vor bestehende Verrücktheit“ nicht mehr als solche vorkommen.

Die Höhe der Unverschämtheit, zumindest in meinen Augen: Ganz davon zu schweigen, dass eine Bedrohung des eigenen Lebensstandards durch die seit der Grenzöffnung durch Schengen und EU-Osterweiterung objektiv belegbar gestiegenen Wohnungseinbrüche, um nur ein Beispiel von vielen zu nennen (siehe PKS), keine Einbildung ist, wie vom Autor suggeriert. Und dagegen friedlich ein Zeichen an die Politik schicken zu wollen – ob nun objektiv oder nur subjektiv begründet – ist verrückt? Damit ist man ein Spinner? Durch das Äußern eines Wunsches an einen anderen? Ich hoffe, dass der Autor an nicht einer Demonstration zur politischen Willensbildung jemals teilgenommen hat. Ansonsten müsste man ihn ja ebenfalls zu einem Kreis der Spinner zählen.

Im Abschnitt „Das Weltbild der Verschwörungstheorien“ hat der Autor dankenswerterweise eine Verschwörungstheorie definiert und erklärt. Dankenswert deshalb, weil ich nun guten Gewissens seinen ganzen Artikel zur Verschwörungstheorie erklären kann – denn auch er liefert keine Fakten für die von ihm aufgestellten Anschuldigungen und Aussagen, seine (um seine Worte zu nutzen) Wahnwelt (hier gegen Pegida-Demonstranten) funktioniert ganz in ihrer Struktur, ganz unabhängig von der Wirklichkeit. Getragen wird sie ja von ihm und den Gleichgesinnten aus gewissen politischen Lagern und Linksextremisten. Deshalb ist es (wahrscheinlich) auch nicht möglich, dem Autor sein Wahnweltbild individuell zu widerlegen, denn er glaubt dies, weil es irrational ist und jeder Beleg dagegen wird nicht in das Weltbild integriert. Ich selbst glaube nicht an das soeben Geschriebene, aber dies wären die Worte des DP-Autors.

Aber weiter: Nun kommt eine durchaus treffende Formulierung: Der Autor schreibt, dass es den Sicherheitsbehörden in Deutschland „bisher relativ erfolgreich gelingt, die realen Gefahren ... abzuwägen und gegen sie vorzu-

gehen.“ Vollkommen richtig: BISHER und RELATIV! Hier zeigt sich der Surrealismus des Denkens des Autors. Er relativiert mit seiner Aussage die nun offenbar doch anerkannten Ängste vor islamistischem Terror und ähnlichen Bedrohungen unseres Staates. Er geht nicht weiter auf diese beiden Begriffe ein, obwohl ja auch der GdP klar ist und die DP oft genug abgedruckt hat, dass es schon 5 nach 12 ist, die Sicherheitsbehörden an ihren Grenzen angelangt sind und es nur noch eine Frage des Zufalls sein wird, wenn wir Terroranschläge verhindern können. Aber da es bislang funktioniert hat, besteht ja keinerlei Handlungsbedarf. Ist ja alles gut. Und bedroht ist der Einzelne sowieso niemals. Auch in naher Zukunft nicht. Ist doch klar, oder?

Nun bin ich selbst Polizeibeamter und kein Göttinger Professor für Grundlagen der Sozialwissenschaft. Dennoch habe ich das Gefühl, mit meinem rudimentären Wissen um die Geschehnisse in unserem Staat den nahezu genialen Argumentationen angemessen begegnet zu sein.

An die DP-Redaktion kann ich nur appellieren, in Zukunft die Beiträge nach Relevanz für entweder die GdP, die Polizei oder die DP selbst eingehend zu prüfen und nicht alles unkommentiert abzudrucken. Derartige Meinungsmaße hat in einer gewerkschaftlichen Zeitschrift meiner Meinung nach nichts zu suchen.

Peter Kühn, Celle

Zu: Lesermeinungen von Kollegen: Standpunkt, DP 4/15

Hochachtung für die Kollegen, die ihre Meinung, ihre Ansicht und ihre praktischen Erfahrungen zu dem haarsträubenden Beitrag, Aufsatz – Standpunkt – des Herrn Prof. Dr. S. Salzborn zum Ausdruck – zur Veröffentlichung bringen und widersprechen.

Ich muss den Kollegen beifliehen, die in ihren Erläuterungen und Meinungen darauf hinweisen, dass hinsichtlich dieser aktuellen brisanten Tatsachen eine staatliche verordnete Ansicht oder Denkweise vorgegeben ist.

In diesen Beiträgen wird auch die finanzielle Seite angesprochen, wo und wie in Deutschland das Geld gestrichen und gekürzt wird – Sicherheit – Kultur – Bildung – Kindergärten – und so weiter.

Nun frage ich mich, wir uns, wie viele finanzielle Mittel müssen für einen Flüchtling – wenn es denn einer ist – Asylbewerber – monatlich aufgebracht werden, um deren Rundum-Versorgungspaket abzudecken?

Diese Frage wurde uns von Politik und Menschenrechtlern noch nie beantwortet. Die Rente meiner Ehefrau liegt circa 200 bis 250 Euro unter der Armutsgrenze!

Ich habe einen Grundsatz: „Ein Mensch dieser Erde, der hierher kommt, welcher Kultur, welchen Glaubens, welcher Hautfarbe, der ehrlich angibt, ich bin der und der, ich komme da und da her, ich kann aus diesem und jenem Grund in meiner Heimat nicht leben, ich muss um Gesundheit und Leben fürchten, ich bitte um Hilfe und Aufnahme.“

Da gibt es für mich in keiner Weise Probleme. Meine Reaktion auf dieses Problem, auf diese Willkommenskultur, ist, wie wir Polizisten, die beleidigt, beschimpft, erniedrigt, bespuckt wurden, von diesen Politikern betrogen wurden und werden, siehe 35 Prozent Mindestruhegehalt bis Besoldungsgruppe bis A11.

Rudolf Ritz, Aschersleben

Zu: Lesermeinung des Kollegen Heinrich Weißkopf: Standpunkt, DP 4/15

Ich habe mit Interesse, Erstaunen und Bestürzung die Zuschrift des 77-jährigen Kollegen Weißkopf gelesen. Seine Dienstzeit muss wohl tagtäglich mit sehr bitteren Erfahrungen mit Muslimen überfrachtet gewesen sein. Ich habe Allah in meinen Gebeten um Verzeihung gebeten.

Ibrahim H. Emele,
Vorsitzender GdP Bodenseekreis



Aufgrund des Artikels von Prof. Dr. Samuel Salzborn über die Intentionen und Denkweise von „HoGeSa“ und „Pegida“ (in Hannover „Hagida“ und in Braunschweig „Bragida“) in der DP-März-Ausgabe gab es zahlreiche Leserbriefe, die im April abgedruckt wurden.

Fortsetzung auf Seite 37



forum kriminal- prävention



Zeitschrift der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention



Buchtipps
Neues aus der Wissenschaft
Gewalt an Schulen
Jugenddelinquenz
Erziehung und Pädagogik
Kommunale Prävention
Einbruchsprävention
Sicherheitstechnik
Prävention in Europa
Evaluation

Aktuelle Präventionsthemen für Sie beleuchtet –
forum kriminalprävention für nur

19,-€
jährlich,
zzgl. Versandkosten

Bitte senden Sie mir die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ zum Jahresabonnementspreis von 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten zu. Erscheinungsweise: 4 Ausgaben/Jahr



Bestellen Sie heute Ihr Abonnement **forum kriminalprävention** um besser informiert zu sein. Als Dankeschön für Ihre Bestellung erhalten Sie diese LED-Lampe für Ihren Schlüsselbund, die Sie auf jeden Fall behalten dürfen. Weitere Informationen über die Zeitschrift und die Stiftung erhalten Sie auf www.vdpolizei.de (auch online-Bestellungen)

Name, Vorname

Firma, Abteilung

Straße/Hausnummer

Plz, Ort

Telefon/Telefax

E-Mail

Datum, Ort

1. Unterschrift

Vertrauensgarantie: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen schriftlich beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, Anzeigenverwaltung, Forststr. 3a, 40721 Hilden, widerrufen kann und bestätige dies durch meine zweite Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Datum, Ort

2. Unterschrift

Die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ erscheint 4 x jährlich (März, Juni, September, Dezember). „forum kriminalprävention“ erscheint beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Anzeigenverwaltung und wird von dort als Jahresabonnement bezogen. Das Abonnement bezieht sich auf ein volles Kalenderjahr und verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis 30.06. zum Jahresende eine Kündigung erfolgt. Der Abo-Jahres-Preis beträgt 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5 € Versandkosten. Einzelheftpreis: 5,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststr. 3a • 40721 Hilden
Tel.: 0211/7104-188 • Fax: 0211/7104-4188

Die Ausführungen eines 77-jährigen ehemaligen Polizeibeamten aus dem niedersächsischen Cuxhaven und auch die Reaktionen von GdP-Mitgliedern dazu haben mich bewegt, Position zu beziehen.

Ich bin entsetzt über die in dem Brief getätigte Pauschalverurteilung von Menschen muslimischen Glaubens. Derzeit sind rund 800 Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund im Polizeivollzugsdienst des Landes Niedersachsen tätig, dazu noch einmal etliche Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamtinnen und -beamte, viele davon muslimischen Glaubens und oft bei der GdP organisiert. Es herrscht ein kollegiales Miteinander und die unterschiedlichen Glaubensrichtungen werden akzeptiert. Nicht nur deshalb, aber auch aus diesem Grund, distanziert sich die GdP Niedersachsen – und auch ich persönlich – ausdrücklich von den

„Ich bin entsetzt über die in dem Brief getätigte Pauschalverurteilung von Menschen muslimischen Glaubens.“

Dietmar Schilff,
GdP-Landesvorsitzender Niedersachsen

Darstellungen des Leserbriefschreibers. Er zitiert zum Beispiel einen mir völlig unbekanntem Moslem, der vom Islam zum Christentum konvertiert sein soll, mit dem Satz „Jeder Moslem ist ein potenzieller Terrorist“. Damit zeigt er eindeutig seine wirkliche Gesinnung und verunglimpft auch unsere muslimischen Kolleginnen und Kollegen, die im Bereich der Inneren Sicherheit arbeiten. Er hält es zudem „für sein Recht, alle gläubigen Moslems abzulehnen“, da sie „Anhänger einer offenkundigen Gewaltideologie“ sind. Die Aussage ist mindestens verunglimpfend und völlig inakzeptabel. Jede Meinung kann geäußert werden, sie ist aber noch lange nicht richtig und deshalb darf vieles nicht unkommentiert bleiben und erfordert eine klare Positionierung.

Dietmar Schilff,
GdP-Landesvorsitzender
Niedersachsen



Der polizeiliche Auftrag besteht im Alltag nicht selten darin, sich mit Konflikten zu befassen, die gesellschaftspolitische Ursachen haben. Die Bewegung Pegida erzeugt ein breites Spektrum von Meinungen. Wenn Meinungsäußerungen verletzend und herabwürdigend angesehen werden können, ist es klug auch über die mögliche Wirkung zu reflektieren. Das gilt insbesondere für emotionale und extreme Positionen. Wenn hier „ein kamelhütender Alphabeit“ als Religionsgründer sowie als „Kontrolleur von Mordgesellen“ genannt wird und Hitlers „Mein Kampf“ in direktem Vergleich zum Koran zitiert wird, ist dies geeignet, jede sachliche Auseinandersetzung zu verhindern.

Von aggressiver Wortwahl und fehlendem Differenzierungsvermögen getragene Meinungen haben noch nie zu Problemlösungen beigetragen. In den Reihen der niedersächsischen Polizei erledigen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte muslimischen Glaubens ihren Dienst. Ihren Diensteid haben sie abgelegt.

Als Gewerkschaftsmitglied distanzieren sich von solchen Äußerungen. Ein Polizeibeamter sollte grundsätzlich in der Lage sein, auf Diffamierungen zu verzichten. Der Spagat zwischen Meinungsfreiheit und respektvollem Umgang hat hier einen Unfall erlitten.

Burkhard Klein,
Rotenburg (Wümme)

Zu: Ausstattung, DP 2/15

Seit Ewigkeiten gibt es zum Anhalten von Fahrzeugen die Lichtleiste mit dem Schriftzug „Stop! Polizei!“ im RTK. Bisher hat das immer gut funktioniert. Zusätzlich ist die Lichtleiste jetzt mit dem – wie ich finde – sinnvollen roten Flasher ausgestattet. Wenn das immer noch nicht reicht, hat man noch das Blaulicht und im absoluten Härtefall die Möglichkeit einer Lautsprecherdurchsage oder Zuschaltung des Einsatzhorns. Es ist uns auch keine Situation bekannt, in der dieser Anhaltvorgang in irgendeiner Form unsicher war und einer sicherheitstechnischen Verbesserung bedurfte.

Yelp ist nach meiner Meinung (und

auch der Meinung vieler anderer Kollegen) ein unnötiges Zusatzfeature wie auch die Drehspiegelimitation beim Blaulicht oder der gut gemeinte, aber unzumutbare Schrankaufbau im Kofferraum, deren Entwicklungskosten man besser in beispielsweise Frontblitzer für die Einsatzfahrzeuge hätte investieren können.

Wenn man dazu noch die Handhabung berücksichtigt (ich muss Yelp per Tastendruck zunächst freigeben, danach lässt es sich erst aktivieren wenn ich mindestens eine Sekunde lang HUPE!!) dann stellt sich das System selbst schon als sinnfrei dar, denn die zwingend zu bedienende Hupe erfüllt ja hier schon den Zweck eines zusätzlichen akustischen Signals.

Yelp wird gern mit US-Signalen verglichen ... viele Kollegen finden in der Tat, dass Yelp recht wenig mit den Signalen der US-Polizeifahrzeuge zu tun hat, sondern eher wie eine Fahrradsirene für Kinder klingt.

Warum konnte bei der Entwicklung nicht einfach die Funktion der Hupe abgestellt und mit der Yelp-Funktion gekoppelt werden, so dass das Sondersignal durch kurzes Betätigen der Hupe direkt in der gewünschten Länge ertönt?

Andre Turau, Krefeld

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

GdP-Bundesvorstand
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-113
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-pressestelle@gdp.de



Eigensicherung ist (immer noch) kein Zufall

Zum zweiten Mal veranstaltete die JUNGE GRUPPE (GdP) zusammen mit der Europäischen WingTsun Organisation (EWTO) ein bundesweites polizei-spezifisches Einsatz- und Zugriffstraining, das überregional auf großes Medieninteresse stieß.

Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen hat mehrfach belegt, dass die Gewalt gegenüber Polizeibeamten und -beamtinnen zugenommen hat. Nicht umsonst fordert die Gewerkschaft der Polizei (GdP) die Einführung eines neuen Strafrechtsparagrafen 115 StGB, der die Ver-

Schutzweste und Einsatzmitteln. 2012 organisierte die JUNGE GRUPPE (GdP) erstmals das Seminar „Eigensicherung ist kein Zufall“. Da die Gewaltdiskussion und somit die Eigensicherung immer stärker in den Mittelpunkt des Polizeialltags rückt, verwundert es nicht, dass diesmal über 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen. Das im Februar an der Polizeiakademie in Wiesbaden veranstaltete Bundesseminar unter Schirmherrschaft von Hessens Innenminister Peter Beuth überzeugte erneut durch die angebotenen Inhalte und die professionelle Organisation. Innerhalb der fünf und zweieinhalb Stunden dauernden Workshops vertieften die aus dem gesamten Bundesgebiet angereisten Kolleginnen und Kollegen nicht nur ihre theoretischen Kenntnisse, sondern trainierten unter persönlicher Anleitung von 17 Fachreferenten der EWTO – zum Großteil Polizisten und Ausbilder – auch ihre physischen und sensorischen Fähigkeiten.

Die mit der EWTO abgestimmten Workshops beschäftigten sich mit den Themen Kontrolle des Gegenübers und Kontrolle des Gleichgewichts, Waffenschutz in der Annäherungs- und Zugriffsphase, Fixierung und Fesselung, Einsatz von Polizeischlagstöcken sowie Gefahrenwahrnehmung und taktisches Grundverständnis. Wie vor drei Jahren in Saarbrücken war es den Organisatoren wichtig, nicht irgendein Eigensicherungsseminar auszurichten, sondern detailliert auf die Notwendigkeiten des Polizeiberufs einzugehen. Mit insgesamt zwölfteinhalb Stunden Praxisanteil gelang es, ein polizeispezifisches Einsatz-

und Zugriffstraining zu absolvieren, das nicht nur den Bedürfnissen von Polizeibeamten entsprach, sondern auch den Kolleginnen und Kollegen des Zolls, der Ordnungsdienste und der Justiz die Möglichkeit eröffnete, ihr Wissen und ihre Fähigkeiten zu grundlegenden Techniken der Eigensicherung zu vertiefen und auf die beruflichen Erfordernisse abzustimmen.

Unter Anleitung von Prof. Dr. Keith R. Kernspecht, dem Leiter und Begründer der EWTO, wurden die grundlegenden und speziellen Techniken der Eigensicherung trainiert. Dabei wurde sowohl akribisch auf die Ausführung geachtet als auch ein besonderes Augenmerk auf die Praxistauglichkeit und verhältnismäßige Anwendung des zu Erlernenden gelegt.

Zu Beginn betonten der stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei Dietmar Schilff und Hessens Landespolizeipräsident Udo Münch die Wich-



Danksagung an Prof. Dr. Kenspecht (2. v. r.) von der EWTO durch die Organisatoren des Seminars Jochen Zeng (l.), Esther Schneider (2. v. l.) und Christian Günther (r.)

Fotos (2): Rohde

letzung eines Polizisten außerhalb einer Vollzugshandlung unter einen besonderen Schutz stellt.

Der vermeintlich sichere Arbeitsplatz zeigt seine Schattenseiten. Auch wenn 84 Prozent der Befragten in einer Forsa-Umfrage im Auftrag der Zeitschrift „Stern“ vorgeben, ein großes Vertrauen in die Polizei zu besitzen, gehören heute Beschimpfungen, Widerstandshandlungen sowie tätliche Angriffe und Ausschreitungen genauso zum Polizeialltag wie das Tragen von



Stephan Crnko (r.) von der EWTO zeigt dem Fernsehteam des Hessischen Rundfunks spezielle Techniken der Eigensicherung.

tigkeit einer solchen Veranstaltung, begrüßten ausdrücklich das Engagement der JUNGEN GRUPPE (GdP), aller Beteiligten und dankten der EWTO für die fachliche Unterstützung. Schilff, jahrelang selbst im Einzeldienst aktiv, verdeutlichte die Wichtigkeit der Eigensicherung und zögerte nicht, die politisch Verantwortlichen in die Pflicht zu nehmen.

Die JUNGE GRUPPE (GdP) bedankt sich vor allem bei den Organisatoren aus Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland, die das Seminar unter Leitung von Antonio Pedron aus dem Ehrenamt heraus organisierten.

Torsten Rohde

Gut vorbereitete Polizei verhindert Gewalt in Lübeck

Kurz vor dem Redaktionsschluss dieser Ausgabe erreichten DEUTSCHE POLIZEI aktuelle Meldungen vom Großeinsatz beim G7-Außenministertreffen im schleswig-holsteinischen Lübeck. Nach den massiven Ausschreitungen und brutalen Angriffen auf die Einsatzkräfte bei Protesten gegen die Eröffnung der neuen EZB-Zentrale in Frankfurt/Main Mitte März war der Einsatz in Lübeck laut Jürgen Herdes, Vorsitzender des GdP-Bundesfachausschusses Bereitschaftspolizei und selbst als Führer einer Beweissicherungs- und Festnahmeinheit (BFE) vor Ort, weitgehend friedlich abgelaufen. Die Polizei habe sich nach der Eskalation in der hessischen Bankenmetropole gut vorbereitet, sagte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow, der sich einen Tag vor dem Einsatz ein Bild der Vorbereitungen gemacht hatte. Immerhin 3.500 Kolleginnen und Kollegen sorgten für den Rundum-Schutz der Politiker.

Rund 400 gewaltbereite Teilnehmer hätten sich, so Herdes, kleinere Auseinandersetzungen mit den Einsatzkräften geliefert, als sie versuchten, Absperrungen zu überwinden. Außerdem hatten Störer in vorderster Demo-Reihe Schirme aufgespannt. Hinter diesem Sichtschutz war aus der zweiten Reihe versucht worden, die Einsatzkräfte – wiederum mit Schirmen – zu verletzen. Das habe er bisher noch nicht erlebt, berichtete der erfahrene Bereitschaftspolizist.

Unter dem Strich zogen Herdes wie auch der schleswig-holsteinische GdP-Landesbezirksvorsitzende Manfred Börner eine vorläufig positive Einsatzbilanz. Es habe nach ersten Meldungen keine Verletzten unter den Einsatzkräften gegeben. Mehrere Demo-Teilnehmer waren allerdings festgenommen worden. Die dienstliche Versorgung der Kolleginnen und Kollegen hatte weit überwiegend keinen Anlass zur Klage gegeben, so Börner. Trotzdem seien die umfangreichen Betreuungsmaßnahmen der engagierten



Vor dem Einsatz: Informationen aus erster Hand von Jürgen Herdes (m.), Vorsitzender des GdP-Bundesfachausschusses Bereitschaftspolizei. Fotos (2): Rüdiger Holecek



Die engagierten Betreuer teams waren den Einsatzkräften herzlich willkommen.

GdP'ler freudig angenommen worden. Der GdP-Bundesvorsitzende wie sein Kollege Börner dankten sowohl den bundesweit angereisten Einsatzkräf-

ten wie auch den unermüdlich arbeitenden GdP-Betreuer teams.

Noch einen Tag vor dem Beginn des Einsatzes hatte Malchow mit Ver-



tretern der Einsatzleitung und bereits angereisten Einsatzkräften gesprochen. Er hatte sich in der schleswig-holsteinischen Hafenstadt zugleich über die Unterbringung der Einsatzkräfte informiert. Einsatzleiter LPD Heiko Hüttmann hatte den GdP-Bundesvorsitzenden sowie seinen Kollegen Börner in der Einsatzleitstelle empfangen und umfassend über die Vorbereitungen informiert.

Der Leitende Polizeidirektor (LPD) hatte sich dabei optimistisch gezeigt und angekündigt: „Wir werden hier kein Frankfurt bekommen – nicht mal ansatzweise.“ Womit er glücklicherweise auch Recht behalten sollte. Hüttmann lobte indes die tolle Teamarbeit. Außerdem seien alle Anforderungen an Bund und Länder erfüllt worden, nicht eine der zur Unterstützung gerufenen Hundertschaften hatte gefehlt.

Kräfte aus Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und aus allen Ländern Norddeutschlands waren laut dem Gesamteinsatzleiter im Einsatz. Hüttmann erläuterte GdP-Chef Malchow zudem ein Novum der Einsatzhistorie. Zum ersten Mal war ein sogenannter Einsatzabschnitt Luft eingerichtet worden. Dadurch sollte der offenbar stark zunehmenden Gefahr durch Drohnen wirksam begegnet werden.

Vor dem Hintergrund mehrerer personalintensiver Großeinsätze – der nächste und größte steht mit dem G7-Gipfel im bayerischen Elmau Anfang



Einsatzleiter LPD Heiko Hüttmann (r.) empfing Oliver Malchow und GdP-Landeschef Manfred Börner (l.) und erläuterte den Stand der Vorbereitungen. Foto: Rüdiger Holecek

Juni ja noch bevor – hatte Malchow erneut die anhaltenden Personalkürzungen bei der Polizei kritisiert. „Die Belastung der Polizei wird viel zu wenig gesehen – im Gegenteil, es wird überall noch Personal abgebaut, das passt nicht zusammen“, sagte er der Nachrichtenagentur dpa. Malchow forderte die politischen Verantwortlichen auf, sich darüber Gedanken zu machen, dass während solcher Großlagen die Polizei auch noch das sogenannte Alltagsgeschäft wie Wohnungseinbrü-

che oder Körperverletzungsdelikte zu bearbeiten habe.

Seine Kolleginnen und Kollegen, so Malchow, müssten bei solchen Großeinsätzen hohe Belastungen aushalten. „Das zerrt an den Nerven“, betonte er. Die Beamten erlebten „Provokationen intensivster Art“. Trotz des immens hohen Aufwandes werde man in der öffentlichen Debatte aber sicherlich nicht zu dem Ergebnis kommen, Polit-Gipfel künftig nicht mehr in Deutschland stattfinden zu lassen. **mzo**



**Deutsche
Polizei**

Nr. 5 • 64. Jahrgang 2015 •
Fachzeitschrift und Organ der
Gewerkschaft der Polizei



**Erscheinungsweise und
Bezugspreis:**
Monatlich 2,90 EURO
zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der
Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 0
Fax: (030) 39 99 21 - 200
Internet: www.gdp.de

**Redaktion DEUTSCHE POLIZEI/Internetredaktion/
Pressestelle**
Chefredakteur/Pressesprecher: Rüdiger Holecek (hol)
CvD: Michael Zielasko (mzo), Wolfgang Schönwald (wsd)
Redaktionsassistent: Johanna Treuber
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,
10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 113, - 117
Fax: (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de
Grafische Gestaltung & Layout:
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



**VERLAG
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung**
**Ein Unternehmen der Gewerkschaft
der Polizei**
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183
Fax (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdp.polizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015



Druckauflage dieser Ausgabe:
177.655 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0,
Fax (02831) 89887

Titel

Foto: Oliver Burston/
dpa

Gestaltung:
Rembert Stolzenfeld



THEMA BUNDESPOLIZEI



Prüfungswissen Bundespolizeirecht

Grundlagenwissen • Würdigungstechnik • Prüfungsschemata • Klausuren • Lösungen

Von **Marc Wagner**.

2. Auflage 2014

Umfang: 184 Seiten / **Format:** 16,5 x 24 cm, Broschur

Preis: 19,90 € [D]

ISBN 978-3-8011-0727-7



Die erfolgreiche Bearbeitung von einsatzrechtlichen Prüfungsklausuren fordert nicht erst in der Laufbahnprüfung fundierte Rechtskenntnisse sowie die Beherrschung gutachterlicher Würdigungstechnik als der für die Klausurniederschrift maßgeblichen Darstellungsform. Bereits in „Zwischenetappen“, den Modul- und Zwischenprüfungen, gilt es mindestens das Wissen zu präsentieren, das den Fortgang von Ausbildung und Studium garantiert. Dieses Buch richtet sich an diejenigen Anwärter für die Laufbahnen des mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienstes in der Bundespolizei, die Prüfungen im Bundespolizei- und Vollstreckungsrecht mit Erfolg absolvieren wollen.

DER AUTOR

Prof. Dr. Marc Wagner, Dozent an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl.

Bundespolizeigesetz

Kommentar

Von **Dietrich Heesen †, Jürgen Hönle, Andreas Peilert** und **Helgo Martens**.

5. Auflage 2012

Umfang: 1496 Seiten

Format: DIN A5 Hardcoverausgabe m. Fadenheftung

Preis: 79,90 € [D]

ISBN 978-3-8011-0590-7



Dieser praxisorientierte Kommentar richtet sich an alle, die mit Fragen des Bundespolizeirechts und des Zwangsrechts des Bundes befasst sind. Folgende Bundesgesetze werden kommentiert:

- Bundespolizeigesetz
- Verwaltungs-Vollstreckungsgesetz
- Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes.

Zahlreiche Auszüge aus Urteilen erleichtern dem Leser die Einschätzung der einschlägigen Rechtsprechung und damit auch eine praxisnahe Lösung. Zudem wird das rechtliche Verständnis durch anschauliche Beispiele gefördert. Die aktualisierende Beilage berücksichtigt insbesondere den neu eingefügten § 22a BPolG (Erhebung von Telekommunikationsdaten).

DIE AUTOREN

Jürgen Hönle, Vizepräsident a. D., Grenzschutzpräsidium Ost, Berlin.

*Prof. Dr. Andreas Peilert, Fachhochschule des Bundes, Lübeck.
Helgo Martens, Polizeioberrat i. d. Bundespolizei.*



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseprobe und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

LEDER-SERIE PRIDE & SOUL

AUS HOCHWERTIGEM PREMIUM RINDLEDER

PRIDE AND SOUL
AUTHENTIC LEATHER GOODS

Diese cognacfarbene Lederserie ist mehrfach bearbeitet, von Hand gewachst und poliert. Sie besticht durch eine einzigartige Optik und unvergleichbarer Haptik. Alle Artikel besitzen die typische Pride and Soul Prägung und das Innenfutter ist mit Karomuster versehen.

Weekender Royal „T“

- Innen:
- Großes Hauptfach
 - Handyfach
 - Reißverschlussfach
 - Gepolstertes Laptopfach
 - Drei Stiftschlaufen

- Außen:
- Eingefasster Tragegriff
 - Rückseite Reißverschlussfach
 - Frontseite Vortasche für z.B. ein iPad (gepolstert)
 - Individuell verstellbarer Schultertragegurt

Außenmaße:
ca. 37 x 46 x 25 cm
257005



171,95 € 215,95 €

Damentasche „Payton“

- Innen:
- Großes unterteiltes Hauptfach
 - Handyfach
 - Reißverschlussfach
 - Zwei Stiftschlaufen

- Außen:
- Rückseite Reißverschlussfach
 - Frontseite zwei Vortaschen
 - Reißverschlussfach
 - Individuell verstellbarer Schultertragegurt

Außenmaße:
ca. 32 x 34 x 16 cm
257405



128,50 € 160,50 €

Business Bag „Heartbreaker“

- Innen:
- Großes Hauptfach
 - Gepolstertes Laptopfach
 - Handyfach
 - Zwei Stiftschlaufen

- Außen:
- Eingefasster Tragegriff
 - Rückseite Reißverschlussfach
 - Frontseite Vortasche für z.B. ein Tablet
 - Individuell verstellbarer Schultertragegurt

Außenmaße:
ca. 27 x 36 x 16 cm
257105



128,50 € 160,50 €

Damen-Geldbörse „LullyBuy“

- Hauptfach mit Magnetdruckknopf
- großes Münzfach mit Reißverschluss
- 14 Kreditkartenfächer
- 3 große Einsteckfächer für Scheine etc.
- Außen auf der Rückseite 1 Einsteckfach

Außenmaße:
ca. 10 x 19 x 1,5 cm
257305



35,95 € 44,95 €

Postbag M „Lilly Little“

- Innen:
- Handyfach
 - Reißverschlussfach
 - Zwei Stiftschlaufen

- Außen:
- Rückseite Reißverschlussfach
 - Frontseite zwei Vortaschen mit Magnetverschluss
 - Frontseite ein Reißverschlussfach
 - Individuell verstellbarer Schultertragegurt

Außenmaße:
ca. 28 x 25 x 1,5 cm
257205



81,75 € 102,20 €

Damentasche „Holly“

- Innen:
- Großes unterteiltes Hauptfach
 - Handyfach
 - Reißverschlussfach
 - Zwei Stiftschlaufen

- Außen:
- Frontseite Reißverschlussfach
 - Rückseite Reißverschlussfach
 - Individuell verstellbarer Schultertragegurt

Außenmaße:
ca. 32 x 34 x 16 cm
257505



128,50 € 160,50 €

Letzter Bestelltermin: 31.05.2015

Wichtig: Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung.



**ORGANISATION- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: - 4165
osg.werbemittel@gdp.de • www.osg-werbemittel.de

Weitere Produkte finden Sie unter: www.osg-werbemittel.de oder fordern Sie unseren kostenlosen OSG-Werbemittelkatalog an.